

TAGESORDNUNG

ÖFFENTLICH

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf jetzt Sie alle bitten, wieder die Tagesordnung zur Hand zu nehmen. Im Vorfeld wurden wieder all jene Stücke zusammengetragen, die jetzt mit meinem Verlesen als Beschluss Gültigkeit haben. Es sind dies die Stücke 4) gegen KPÖ und BZÖ, Stück Nummer 5) wurde abgesetzt, Stück Nummer 6) gegen GR. Mariacher ebenso Stück Nummer 7). Stück Nummer 10) gegen KPÖ, BZÖ und Herrn GR Mariacher und SPÖ, Stück Nummer 12), Stück Nummer 13) und 14) sind abgesetzt, Stück Nummer 15), 17), 18), 19) und 20), Stück 21) abgesetzt, Stück 22), Stück 24) abgesetzt, Stück 25) gegen SPÖ, KPÖ, BZÖ, Mariacher, Stück Nummer 26), 28), 29), 30).

4) A 8-40946/2008-43
A 15/8592/2006

ECO WORLD STYRIA – Umwelttechnik und
Netzwerkbetriebs GmbH
Reininghausstraße 13, 8020 Graz
Geschafterzuschuss in der Höhe von
€ 100.000,- für das Jahr 2012 und
Abschluss eines Finanzierungsvertrages

Der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus sowie der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellen den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Sinne der 15%-igen Beteiligung der Stadt Graz an der ECO WORLD STYRIA – Umwelttechnik und Netzwerkbetriebs GmbH wird vorbehaltlich der Beschlussfassung im Voranschlag der Stadt Graz für 2012 ein Gesellschafterzuschuss in der Höhe von € 100.000,- für das Jahr 2012 und der Abschluss eines Finanzierungsvertrages, der einen integrierenden Teil der Beschlussfassung bildet, genehmigt.

Die Auszahlung des Gesellschafterzuschusses erfolgt vorbehaltlich der Beschlussfassung im Voranschlag der Stadt Graz für 2012 zu Lasten der Fipos 5.78930.755000 „Lfd. Transfers an Unternehmungen“, AOB A 15, per 30.6.2012 auf das noch namhaft zu machende Konto der Umwelttechnik-Netzwerkbetriebs GmbH, Eco World Styria, Reininghausstraße 13, 8020 Graz.

6) A 8-46340/2010-29

Stadtbaudirektion

Ostbahnhouse - Infrastrukturausbau

1. Projektgenehmigung über € 600.00,- in der AOG 2011-2013

2. haushaltsplanmäßige Vorsorge in der Höhe von € 50.000,- in der AOG 2011

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 bzw. § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 42/2010 beschließen:

1. In der AOG 2011-2013 wird die Projektgenehmigung „Ostbahnhouse – Infrastrukturausbau“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 600.000,- wie folgt erteilt:

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2011	MB 2012	MB 2013
Ostbahnhouse Infrastrukturausbau	- 600.000	2011-2013	50.000	350.000	200.000

2. In der AOG des Voranschlages 2011 wird die neue Fipos

5.61200.002230 „Straßenbauten, Ostbahnhouse“
DKL BD501 (Anordnungsbefugnis:
BD00) mit € 50.000,-
geschaffen und die Fipos

6.61200.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“

um denselben Betrag erhöht.

7) A 10/BD – 10395/2010-3

Ostbahnhouse – Infrastrukturausbau
Projektgenehmigung in Höhe von
€ 600.000,-

- Aufweitung Conrad-von-Hötzendorf Straße
- begleitender Geh- und Radweg
- Grünstreifen

Der Gemeindeumweltausschuss und der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellen den Antrag, der Gemeinderat wolle

1. Vorstehender Bericht und die dargestellten Ausbaumaßnahmen im Zuge der Baumaßnahmen „Ostbahnhouse“ werden genehmigt.
2. Die Stadtbaudirektion wird unter Beiziehung der betroffenen Magistratsabteilungen mit der weiteren Koordination und Abwicklung der gegenständlichen Ausbaumaßnahmen beauftragt.
3. Die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von € 600.000,-. für die Jahre 2011 bis 2013, die sich wie folgt aufteilen

2011	€ 50.000,-
2012	€ 350.000,-
2013	€ 200.000,-

werden genehmigt.

4. Die Bedeckung der Kosten erfolgt auf den im parallelen Finanzstück festzulegenden Voranschlagsstellen.

10) A 8-46340/2010-33

Amt für Wirtschafts- und Tourismus-
entwicklung, Verein „Club International“
Projektgenehmigung über insgesamt
€ 180.000,- (OG 2011: 30.000,-; AOG 2012
bis 2014: 150.000,-)

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF LGBl. 42/2010 beschließen:

In der OG 2011 und in der AOG 2012-2014 wird die Projektgenehmigung „Club International“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 180.000,- wie folgt erteilt.

Die Mittel für das Jahr 2011 werden aus der Fipos 1.70000.757200 in Höhe von € 30.000,- finanziert.

Für 2012 bis 2014 erfolgt die Finanzierung aus der AOG wie folgt:

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2012	MB 2013	MB 2014
Club International	150.000	2012-2014	50.000	50.000	50.000

12) A 8-46340/2010-20a

Stadtbaudirektion
Südgürtel – Grundeinlösen
Projektgenehmigung in der AOG 2012-
2013 in Höhe von € 25.000.000,-

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF. LGBl. 42/2010 beschließen:

In der AOG 2012-2013 wird die Projektgenehmigung „Südgürtel, Grund- und Objekteinlösen inkl. begleitender Verkehrsmaßnahmen im Murfeld“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 25.000.000,-

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2012	MB 2013
Südgürtel, Grund- und Objekteinlösen inkl. begleitender Verkehrsmaßnahmen im Murfeld	25.000	2012-2013	15.000.000	10.000.000

beschlossen.

15) A 8/4-6488/2011

Städt. Gdst.Nr. 237, EZ 2725 und Gdst.Nr. 238/1, EZ 143, je KG 63105 Gries gelegen an der Albert-Schweitzer-Gasse
Einräumung einer grundbücherlichen Dienstbarkeit der Errichtung und des Betriebes einer Umspannstation ab 1.12.2011 auf immer währende Zeit,
Antrag auf Zustimmung

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl.Nr. 42/2010, beschließen:

Der Energie Graz GmbH & Co KG, Schönaugürtel 65, 8010 Graz, wird die grundbücherliche Dienstbarkeit der Duldung zur Errichtung, des Bestandes und Betriebes einer Umspannstation inkl. Versorgungsstraße auf den städtischen Grundstücken Nr. 237, EZ 2725 und Gdst.Nr. 238/1, EZ 143, je KG 63105 Gries, im

beiliegenden Lageplan rot eingezeichnet, ab 1.12.2011 auf immer währende Zeit im Sinne des angeschlossenen Vertragsentwurfes eingeräumt.

17) A 8/4-9267/2005
A 13-19810/2010

Projekt Sportpark Steiermark
ASKÖ Center neu, Schloßstraße 20
Gdst.Nr. 214/1, Nr. .683 und Nr. .684,
EZ 783, Gdst.Nr. 214/3, EZ 99, KG 63107
Algersdorf im Gesamtausmaß von
52.167 m² Unterbestandgabe durch die
Stadt Graz ab 1.1.2012 auf unbestimmte
Zeit
Antrag auf Zustimmung

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 9 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl.Nr. 42/2010, beschließen:

1. Die von der Stadt Graz in Bestand genommene Liegenschaft Schloßstraße 20, bestehend aus den Grundstücken Nr. 214/1, Nr. .683, Nr. .684, EZ 783 sowie Gdst.Nr. 214/3, EZ 99, je KG 63107 Algersdorf im Gesamtausmaß von 52.167 m² wird ab 1.1.2012 auf unbestimmte Zeit der Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur in Österreich, Landesverband Steiermark, kurz ASKÖ – Steiermark, Schloßstraße 20, 8020 Graz, zu den Bedingungen des im Anhang beigeschlossenen Vertrages und des Side-Letters in Unterbestand gegeben.
2. Der Unterbestandzins wird mit € 0,07/m² jährlich, somit ca. € 3.652,- (je nach Flächenausmaß) zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer festgesetzt und ist wertgesichert.
3. Alle mit der Vergebührung des Unterbestandsvertrages verbundenen Kosten gehen zu Lasten der Unterbestandnehmerin.

18) A 8/4-29871/2010

Peter-Rosegger-Straße

Übernahme einer ca. 50 m² großen Tfl. des Gdst.Nr. 589/2, EZ 95, und div. Tfl. im Gesamtausmaß von 428 m² des Gdst.Nr. 598, EZ 94, je KG Wetzelsdorf in das öffentliche Gut der Stadt Graz

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl.Nr. 42/2010, beschließen:

Die Übernahme einer ca. 50 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 589/2, EZ 95, sowie einer 126 m² großen Teilfläche, einer ca. 32 m² großen Teilfläche und einer 270 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 598, EZ 94, alle KG Wetzelsdorf, welche mit Entschließung vom 28.4.2011 durch Herrn Stadtrat Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher erworben wurde, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

19) A 8/4-1370/2001

Neufeldweg – Gehsteig

Übernahme einer 96 m² großen Tfl. des Gdst.Nr. 294/1, EZ 1174, KG Liebenau, in das öffentliche Gut der Stadt Graz

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl.Nr. 42/2010, beschließen:

Die Übernahme einer 96 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 294/1, EZ 1174, KG Liebenau, welche mit Entschließung vom 21.9.2011 durch Herrn Stadtrat Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher erworben wurde, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

20) A 10/BD-EU-38029/2011-1

Projektgenehmigung EU Projekt City
Network Graz – Maribor über
€ 800.024,80 als Vorfinanzierung eines zu
100 % kofinanzierten EU-Projektes

Der Gemeindeumweltausschuss, der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung und der Ausschuss für Integration, Menschenrechte und internationale Beziehungen stellen den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

- 1.) Der Motivenbericht wird zur Kenntnis genommen und die Stadtbaudirektion/Referat für EU-Programme und internationale Kooperation wird beauftragt, in Kooperation mit den betroffenen Abteilungen das Projekt abzuwickeln.
- 2.) Die einzelnen städtischen Abteilungen wickeln ihre Teilprojekte in Eigenverantwortung ab, verpflichten sich, sich an die Programmauflagen und Publizitätsvorschriften zu halten und übermitteln Zwischen- und Endergebnisse zu den Berichterstattungsterminen dem EU-Referat zur Weiterleitung an die „1st Level Control“ beim Land Steiermark, die in erster Linie für die Anerkennung von Rechnungen zuständig sind und in letzter Konsequenz entscheiden, was im Rahmen des Projektes finanziert werden kann.
- 3.) Die Vorfinanzierung der Teilprojekte wird von den verantwortlichen städtischen Abteilungen im Rahmen ihrer Budgetierung abgewickelt, wobei sich das EU-Referat andererseits verpflichtet, Refundierungen innerhalb von 14 Tagen nach Einlangen weiterzuleiten.
- 4.) Die Finanzabteilung der Stadt Graz wird ersucht, ein korrespondierendes Finanzstück vorzubereiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

22) A 10/8 – 125421/2011-10

Bike- und-Ride-Vertrag Graz - Ostbahnhof

Der Gemeindeumweltausschuss und der Ausschuss für Stadt, Verkehrs- und Grünraumplanung stellen den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z 18 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF LGBl.Nr. 42/2010 beschließen:

1. Dem vorliegenden Bericht wird vollinhaltlich zugestimmt.
2. Der Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird zur Unterzeichnung des Bike-&-Ride-Vertrages Graz-Ostbahnhof ermächtigt.
3. Die Mittelreservierung in Höhe von € 80.000,- für die kommenden Zahlungsaufforderungen der ÖBB-Infrastruktur AG, betreffend Baukostenanteil und Instandhaltungsablöse der Stadt Graz, erfolgt im DKR BD022 im Radverkehrsbudget der Abt. für Verkehrsplanung.
4. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird beauftragt, die Anweisungsfreigabe, nach Vorliegen geprüfter Schlussrechnungen der ÖBB-Infrastruktur AG, für die o.a. Kostenanteile der Stadt Graz an der Bike-&-Ride-Anlage Graz-Ostbahnhof durchzuführen.

25) Präs. 42612/2011-1

Club International

Entsendung der Vertretung der Stadt Graz

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Vertretung der Stadt Graz in den Verein „Club International“ wird Frau Stadträtin Mag^a (FH) Sonja Grabner in die Generalversammlung entsendet, und werden Frau Stadträtin Mag^a (FH) Sonja Grabner sowie Herr Mag. Max Mazelle für den von der Generalversammlung zu wählenden Vorstand seitens der Stadt Graz nominiert.

NT 26) Präs. 33113/2008-4

Grazer Altstadterhaltungsgesetz 2008
idgF;
Nominierung der Altstadtanwältin/des
Altstadtanwaltes durch die Stadt Graz

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen.

Von der Stadt Graz wird gemäß § 15 Grazer Altstadterhaltungsgesetz 2008 – GAEG 2008 idgF Herr HR. i.R. Manfred Rupprecht als Altstadtanwalt vorgeschlagen.

NT 28) A 13-1595/2011/65
A 8 – 021211/2006/19

Hallenbad Graz-Eggenberg
Abschluss der Fördervereinbarung über
eine einmalige Mietzinsvorauszahlung des
Bundes für den Zeitraum 1.1.2012 bis
31.12.2037 in Höhe von € 1.400.000,00

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss und der Ausschuss für Kinder, Jugendliche, Familien und Sport stellen den Antrag, der Gemeinderat möge gemäß § 45 Abs. 2 Z 9 Statut der Landeshauptstadt Graz beschließen:

1. Der vorliegende Motivenbericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Abschluss des einen integrierenden Bestandteil dieser Beschlussfassung bildenden Vertrages (Anhang) zwischen der Stadt Graz und der Republik Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, dieses vertreten durch den Landesschulrat für Steiermark, über die einmalige Mietzinsvorauszahlung in Höhe von € 1.400.000,00 für den Zeitraum 1. Jänner 2012 bis 31. Dezember 2037 wird genehmigt. Dieser Betrag ist auf das Konto der BAWAG Graz, BLZ. 14000, Kto.Nr. 86210-061039 zugunsten der Fipos. 6.83100.870001, Einzahlungsgrund: Fördervereinbarung /Mietvorauszahlung einzuzahlen.

NT 29) A 8-46340/2010-31

StadtbaudirektionCity Network Graz – Maribor1. Projektgenehmigung über insgesamt€ 800.200,-AOG 2011-2014: € 662.700,-OG 2011 – 2014: € 137.500,-(Personalkosten)2. Nachtragskredit über € 220.000,- in der
AOG 2011

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 bzw. § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF LGBl.Nr. 42/2010 beschließen:

1. In der AOG 2011-2014 werden folgende Projektgenehmigungen betreffend Projekt „City Network Graz – Maribor“ erteilt:

Anordnungsbefugnis Stadtbaudirektion:

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2011	MB 2012	MB 2013	MB 2014
City Network Maribor	- 117.000	2011-2014	40.000	40.000	37.000	0

Anordnungsbefugnis Abteilung für Grünraum und Gewässer:

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2011	MB 2012	MB 2013	MB 2014
City Network Maribor	- 250.000	2011-2014	100.000	100.000	50.000	0

Anordnungsbefugnis Umweltamt:

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2011	MB 2012	MB 2013	MB 2014
City Network Maribor	- 249.000	2011-2014	80.000	100.000	69.000	0

beschlossen.

Die Finanzierung erfolgt lt. Stadtbaudirektion zu 100 % durch die EU, und somit wird das AOG-Programm 2011 bis 2015 nicht belastet.

Die jeweils anfallenden Personalkosten lt. Aufstellung der Stadtbaudirektion werden von den Ämtern in der OG im Rahmen ihres Eckwertes finanziert.

2. In der AOG des Voranschlages 2011 werden folgende Fiposse neu geschaffen:

5.36300.728700	„Entgelte für sonstige Leistungen, City Network Graz -Maribor“ DKL BD700, AOB BD00 mit	€ 40.000,-
6.36300.889770	„Kap. Transferzahlungen von der Europäischen Union, City Network Graz-Maribor“, AOG BD00 mit	€ 40.000,-
5.81500.728700	„Entgelte für sonstige Leistungen“, City Network Graz- Maribor“ DKL 10570, AOB 1005 mit	€ 100.000,-
6.81500.889700	„Kap. Transferzahlungen von der Europäischen Union, City Network Graz – Maribor“, AOB 1005 mit	€ 100.000,-
5.52900.728770	„Entgelte für sonstige Leistungen, City Network Graz – Maribor“ DKL 23700, AOB 2300 mit	€ 80.000,-
6.52900.889700	„Kap. Transferzahlungen von der Europäischen Union, City Network Graz – Maribor“, AOB 2300 mit	€ 80.000,-

NT 30) A 8-4104172010-109

Bürgermeisteramt,
WC Steinfeldfriedhof,
Nachtragskredit über € 46.000,- in der
AOG 2011

Der Finanz, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 42/2010 beschließen:

In der AOG des Voranschlages 2011 werden die Fiposse

5.39000.777000 „Kap. Transferzahlungen an priv.
Institutionen ohne Erwerbscharakter“

6.39000.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“

um je € 46.000,- erhöht.

Die Tagesordnungspunkte 12), 15), 17), 18), 19), 20), 22), NT 26), NT 28), NT 29) und NT 30) wurden einstimmig angenommen.

Die Tagesordnungspunkte 4), 6), 7), 10) und NT 25) wurden mit Mehrheit angenommen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 14.15 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatter: GR. Hötzl

1) A 2-13116/2010

Gemeindejagd Graz – Liebenau
1. freihändige Verpachtung für die
Jagdzeitperiode bis 31.3.2012 an Ing.
Fritz Hatzl und
2. freihändige Verpachtung für die
Jagdzeitperiode vom 1.4.2012 bis 31.3.2021
an die Jagdgesellschaft Liebenau
bestehend aus Ing. Fritz Hatzl (Obmann),
Rudolf Reis (Obmannstellvertreter) und
Dr. Wilhelm Posawetz

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um das Stück Gemeindejagd Graz – Liebenau. Die Gemeindejagden Graz – Liebenau umfassen die Katastralgemeinden Liebenau, Engelsdorf, Murfeld, Neudorf und Graz Stadt-Thondorf, wurde aufgrund eines qualifizierten Pächtervorschlages mit Beschluss des Gemeinderates vom März 2001 an die Jagdgesellschaft, bestehend aus Herrn Franz Ribic, Obmann, und Ing. Fritz Hatzl, Obmann-Stellvertreter, für die Jagdpachtperiode vom 1.4.2003 bis 31.3.2012 zu einem jährlichen wertgesicherten Pachtschilling von 2.500,- Schilling verpachtet. Dieser Beschluss wurde mit Bescheid der Bezirksverwaltungsbehörde vom 14.2.2001 genehmigt. Derzeit beträgt der valorisierte Pachtzins 202,81 Euro und wurde bereits für das laufende Jahr bis 31.3.2012 von der Jagdgesellschaft entrichtet.

In der Folge hat der Gemeinderat mit Beschluss vom September 2010 die Gemeindegazd Liebenau an die Jagdgesellschaft, bestehend aus Franz Ribic, Obmann, und Ing. Fritz Hatzl, Obmannstellvertreter, für die Jagdpachtperiode 1.4.2012 bis 31.3.2021 zu einem Pachtzins von 100 Euro pro Jahr vergeben. Auch diesem Beschluss lag ein qualifizierter Pächtervorschlag zugrunde, wobei zirka 80 Prozent der Grundeigentümer die Verpachtung an die genannte Jagdgesellschaft unterstützt haben. Der im Vergleich zur laufenden Jagdpachtperiode verringerte Pachtzins wurde mit deutlicher Verkleinerung der bejagbaren Fläche durch den Bau des Einkaufszentrums Murpark sowie die in den nächsten Jahren folgenden Einschränkungen durch großflächige Grundverwertungen, Siedlungsbau Firma Kohlbacher und GWS, sowie den weiteren Ausbau von Gewerbeobjekten am Liebenauer Gürtel schlüssig begründet. Franz Ribic ist am 25.6.2011 verstorben. Dies hat zur Folge, dass das Pachtverhältnis mit der Jagdgesellschaft als aufgelöst gilt, da nur noch ein Mitglied vorhanden ist und somit keine Gesellschaft mehr existiert. Nach § 30 des Steiermärkischen Jagdgesetzes ist jede frei werdende Gemeindejagd für die restliche Dauer der Pachtzeit binnen sechs Monaten zu verpachten. Zu Punkt 1 kommt jetzt: Ing. Fritz Hatzl, bisheriger Obmann-Stellvertreter der Jagdgesellschaft, wurde mit Bescheid vom 27. 7. 2011 als Jagdverwalter für die restliche Pachtperiode bestellt. Ing. Fritz Hatzl hat um die Vergabe der Gemeindejagd an ihn als Einzelperson bis zum Ende der laufenden Jagdpachtperiode angesucht. Er besitzt die

Pächterfähigkeit. Die Gemeindejagd Liebenau hat während der laufenden Jagdpachtperiode zu keinerlei Beanstandungen oder Beschwerden durch die Grundeigentümer oder Bewohner geführt. Der Bezirksjägermeister hat die Vergabe an die Gemeindejagd Liebenau bis zum Ende der laufenden Jagdpachtperiode, 31.3.2012, an Ing. Fritz Hatzl befürwortet.

Zu Punkt 2, da geht es um die Pachtperiode 1.4.2012 bis 31.3.2021. Nach § 24 des Steiermärkischen Jagdgesetzes kann eine Gemeindejagd im Wege des freien Übereinkommens freihändig vergeben werden, wenn eine derartige Verpachtung im Interesse der vertretenen Grundbesitzer gelegen ist. Festzustellen ist, dass, wie bereits oben ausgeführt, die Vergabe der gegenständlichen Gemeindejagd an die Jagdgesellschaft Ribic/Hatzl aufgrund eines Pächtervorschlages erfolgt ist. Schließlich hat die Jagdgesellschaft, bestehend aus den Herren Ing. Fritz Hatzl als Obmann, Rudolf Reis als Obmann-Stellvertreter und Dr. Wilhelm Posawetz, um Vergabe der nunmehr freien Gemeindejagd Liebenau zu den gleichen Bedingungen angesucht. Der bisherige Obmannstellvertreter soll künftig als Obmann fungieren. Der Verstorbene Franz Ribic soll durch die neuen Mitglieder der Jagdgesellschaft Rudolf Reis und Dr. Wilhelm Posawetz ersetzt werden. Die Jagdgesellschaft besitzt die Pachtfähigkeit und es liegen keine Ausschlussgründe gegen die Mitglieder vor. Der im Vergleich zur laufenden Jagdpachtperiode verringerte Pachtzins erscheint aufgrund der deutlich fortgeschrittenen Verbauung des Gemeindejagdgebietes und der dadurch verursachten deutlichen Verringerung der bejagbaren Flächen als angemessen. Da die Vergabe an die bisherige Jagdgesellschaft zu gleichen Bedingungen von der qualifizierten Mehrheit der Grundeigentümer unterstützt wurde, ist davon auszugehen, dass die nunmehr beantragte Verpachtung im Interesse der vertretenen Grundeigentümer gelegen ist. Demnach ergeht der Antrag, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) wolle beschließen: Die Gemeindejagd Graz-Liebenau, umfassend die Katastralgemeinden Liebenau, Engelsdorf, Murfeld, Neudorf und Graz Stadt-Thondorf, wird für die restliche Jagdpachtperiode, das ist der 31.3.2012, an Ing. Fritz Hatzl zu einem Pachtzins von 202,81 verpachtet. Die Gemeindejagd Graz-Liebenau,

umfassend die Katastralgemeinden Liebenau, Engelsdorf, Murfeld, Neudorf und Graz Stadt-Thondorf, wird für die Jagdpachtperiode vom 1.4.2012 bis 31.3.2021 an die Jagdgesellschaft, bestehend aus den Herren Ing. Fritz Hatzl als Obmann, Herrn Rudolf Reis als Obmannstellvertreter und Herrn Dr. Wilhelm Posawetz zu einem wertgesicherten Pachtzins zu jährlich 100 Euro verpachtet. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Stadtsenates den Antrag, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen:

- 1) Die Gemeindejagd Graz-Liebenau, umfassend die Katastralgemeinde Liebenau, Engelsdorf, Murfeld, Neudorf und Graz Stadt-Thondorf, wird für die restliche Jagdpachtperiode, das ist bis 31.3.2012, an Ing. Fritz Hatzl, 8055 Graz, Rudersdorfer-Straße 128, zu einem Pachtzins von € 202,81 verpachtet.
- 2) Die Gemeindejagd Graz-Liebenau, umfassend die Katastralgemeinde Liebenau, Engelsdorf, Murfeld, Neudorf und Graz Stadt-Thondorf, wird für die Jagdpachtperiode vom 1.4.2012 bis 31.3.2021 an die Jagdgesellschaft, bestehend aus den Herren Ing. Fritz Hatzl (Obmann), 8055 Graz, Rudersdorfer Straße 128, Rudolf Reis (Obmann-Stellvertreter), 8041 Graz, Neudorfer-Straße 70 und Dr. Wilhelm Posawetz, 8010 Graz, Goethestraße 46, zu einem wertgesicherten Pachtzins von jährlich € 100,- verpachtet.

Die Zuständigkeit des Gemeinderates gründet sich auf § 24 Abs. 2 des Steiermärkischen Jagdgesetzes 1986, LGBl.Nr. 23/1986 in der Fassung LGBl.Nr. 45/2010 (Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der im beschlussfähiger Anzahl anwesenden Mitglieder erforderlich).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (47 : 0).

Berichterstatter: GR. Hohensinner

2) A 8/2-037979/2006-15

Parkgebühren-Verordnung 20068. Novelle

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, werter Gemeinderat, liebe Gäste auf der Galerie! Im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen für die Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof war es erforderlich, die Regelung von Kurzparkzonen Europaplatz und in der Annenstraße zu ändern. Es hat bereits einen Beschluss am 14. Oktober im Stadtsenat gegeben und es ist jetzt notwendig, das Ganze noch im Gemeinderat abstimmen zu lassen. Bitte um Annahme.

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 15 Abs. 3 Z 5 des Finanzausgleichsgesetzes 2008, BGBl. I Nr. 103/2007, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 56/2011, sowie gestützt auf das Steiermärkische Parkgebührengesetz, LGBl.Nr. 37/2006 und das Statut der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967, zuletzt in der Fassung LGBl.Nr. 42/2010, die einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildende Verordnung beschließen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Frölich

3) A 8 – 40945/2009-24

A 15/6593/2009

Creative Industries Styria GmbH,Marienplatz 1, 8020 Graz

1. City of Design – Projekte 2012 – Genehmigung
2. haushaltsplanmäßige Vorsorge in der AOG 2012
3. Abschluss Finanzierungsvertrag

GR. Mag. **Frölich**: Das Stück beschäftigt sich mit unserer Creative Industries Styria, City of Design, es geht um drei Punkte: einerseits die Projektgenehmigung für 2012, die haushaltsplanmäßige Vorsorge in der AOG für 2012, aber auch den Abschluss eines Finanzierungsvertrages. Der City of Design Board, also jenes Gremium, das mit klar festgeschriebenen Aufgaben, also Expertengremium hier beratend tätig ist, hat für 2012 in seiner Sitzung vom 21. September eine Empfehlung abgegeben, um deren Finanzierung es in diesem Stück geht. Es geht hier darum, dass der Design-Monat 2012 mit 130.000 Euro finanziert werden soll, das Designforum Steiermark als Anteil am Jahresbetrieb für 2012 mit 60.000 Euro, 75.000 Euro sollen für bewusstseinsbildende Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden, weitere 35.000 Euro sind disponible Kosten, das Gesamtbudget in der AOG für City of Design ist somit 300.000,- Euro. Geschäftsführer Schrempf hat im Fachausschuss detailliert zu diesem Stück referiert und die einzelnen Projekte im Detail auch vorgestellt. Ich bitte daher um Annahme im Sinne des Antragstextes, dass also erstens die Stadt genehmigt die vom City of Design Board abgegebene Empfehlung und beschließt die Finanzierung der von mir schon angesprochenen Projekte. Zweitens, mit Gemeinderatsbeschluss vom 14.5.2009 wurde das AOG Programm 2011-2015 genehmigt. Die oben genannten Transferzahlungen sind Teil der 34,44 Millionen Euro für das das Ressort Stadträtin Grabner beschlossen wurde. Der Abschluss des einen integrierenden Bestandteil bildenden Finanzierungsvertrages zwischen Gesellschaft der CIS, der Stadt Graz und der GmbH wird genehmigt. Die Auszahlung des Gesellschafterzuschusses für die genannten Projekte soll also erfolgen. Ich bitte hier um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus und des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 10 in Verbindung mit § 87 Abs. 2 und § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 42/2010 folgende Beschlüsse fassen:

1. Die Stadt Graz genehmigt die vom City of Design Board abgegebene Empfehlung und beschließt die Finanzierung folgender Projekte für das Jahr 2012:

€ 130.000	Designmonat 2012
€ 60.000	Designforum Steiermark 2012
€ 75.000,-	Bewusstseinsbildende Maßnahmen
€ 35.000,-	Disponibile Kosten
€ 300.000,-	Finanzierung Stadt Graz

2. Mit GR-Beschluss vom 14.5.2009 (GZ.: A 8-6073/2009-25) wurde das AOG-Programm 2011-2015 genehmigt. Die oben genannten Transferzahlungen sind Teil der € 34,44 Millionen die für das Ressort Stadträtin Mag^a Grabner beschlossen wurden.
3. Der Abschluss des einen integrierenden Bestandteil bildenden Finanzierungsvertrages zwischen der Gesellschafterin der Creative Industries Styria GmbH, der Stadt Graz und der Creative Industries Styria GmbH wird genehmigt.
4. Die Auszahlung des Gesellschafterzuschusses für die genannten Projekte erfolgt vorbehaltlich der Beschlussfassung im Voranschlag der Stadt Graz für 2012 zu Lasten der Fipos 5.78920.755100 „Lfd. Transfers an Unternehmungen“, AOG A 15, in zwei gleich hohen Raten von je € 150.000 am 15.2.2012 und am 12.5.2012 auf das noch namhaft zu machende Konto der Creative Industries Styria GmbH, Marienplatz 1, 8020 Graz.
5. Neben der inhaltlichen Begleitung der einzelnen Projekte über das im Motivenbericht beschriebene „City of Design“ Board soll die finanzielle Kontrolle der einzelnen Projekte im Rahmen des Controllings der Creative Industries Styria GmbH über die Finanzdirektion erfolgen.

GRin. Mag^a **Bauer**: Werte Kolleginnen und werte Kollegen hier im Gemeinderat, sehr geehrter Herr Stadtrat! Die SPÖ wird dieser Vorlage nicht zustimmen, nämlich es

geht dahingehend, dass diese Vorlage sich auf eine Absichtserklärung bezieht, 1,5 Millionen Euro in Summe an die Creative Industries zu überweisen. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem heutigen Beschluss werden diese 1,5 Millionen Euro sogar überschritten. Überschritten dahingehend, weil Projektgenehmigung seit mehreren Jahren, seit sich die Stadt mit 10-%-Beteiligung daran engagiert, jährlich überwiesen werden. Es ist unfein, wie das Projekt aufgestellt ist. Grundsätzlich würde ein solches Projekt einer Projektgenehmigung bedürfen und keiner Absichtserklärung, das ist das eine. Das Zweite, es ist nicht schön, während des Projektes Mittel aus der ordentlichen Gebarung entnommen werden, dann wieder aus der außerordentlichen Gebarung und wir wissen, in der außerordentlichen Gebarung können Mittel entnommen werden, die für die Investitionen vorhanden sind. Demzufolge wäre es klug gewesen und eine gerade Beschlussfassung seitens der zuständigen Stadträtin, eine Projektgenehmigung zu beantragen, eine Projektgenehmigung hätte auch eine Projektkontrolle möglich gemacht. Somit wird man sagen ein zitierweises Beschließen jährlich, wo Mittel an eine Gesellschaft übertragen werden in einer Grenze, die auch in der Einzeldarstellung unter den Projektgrenzen für die Prüfung des Stadtrechnungshofes bedürfen. 2009 beispielsweise hatten wir eine Grenze von 1,6 Millionen Euro, wenn man das heute zusammenzählt, an diese Gesellschaft sind 1,5 Millionen und 25.000 bislang geflossen. Das wäre klug gewesen und gerade aufgesetzt, aber es ist auch noch etwas Weiteres. Es macht auch keine gute Optik, dass die Finanzdirektion, also der Geldgeber, durch den Finanzreferenten sich selbst überprüfen lässt, ob die Mittel auch so verwendet werden, also diese Einschau ist auch in diesem Sinne nicht gegeben. Des Weiteren, nicht nur was die Kontrolle von unserer Seite betrifft, sie ist aus dem Gremium des Gemeinderates nicht gegeben, nicht über den Stadtrechnungshof, nur Sie als Eigentümervertreter wissen, was dort vor sich geht. Ich habe mir auch erlaubt, weiterzuschauen. Diese Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat, diese Gesellschaft erhält Mittel von der Stadt und auch von anderen und dieses Geld wird kontrolliert durch die interne Kontrolle der Gesellschaft. Ich will niemandem etwas unterstellen, wirklich niemandem, aber hier fließt sehr, sehr viel

Geld, das eigentlich zielgerichtet gut betreut beziehungsweise auch kontrolliert und nachgeschaut eingesetzt werden soll, aber das ist nicht gegeben. Es wäre auch gut, wenn diese Gesellschaft einen Prüfbericht eines Wirtschaftstreuhanders vorlegen würde, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Wir haben die gute Übung hier im Gemeinderat, dass Gesellschaften, die bedeutend weniger Geld kriegen, sich freiwillig einer Prüfung unterziehen, also auch das ist hier nicht gegeben. Sehr geehrter Herr Finanzreferent, auch Sie sind hier angesprochen in Ihrer Funktion als Beteiligung, aber auch die Wirtschaftsstadträtin, die das Projekt ordentlich mit einer Projektgenehmigung uns vorlegen hätte sollen, weil es wäre hier mit einer begleitenden Kontrolle möglich gewesen. Ich schließe hier mit einigem Verbesserungsbedarf an Sie, Herr Stadtrat Rüschi, in dem Sinne können wir diesem Projekt damit in Summe 1,5 Millionen und 25.000 Euro an die CIS fließen, nicht zustimmen (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Ich möchte von meiner Seite sagen, ich werde dem sicherlich nachgehen, dass wir von Seiten der Stadt die üblichen Kontrollmechanismen auch für die CIS einsetzen und dass man das auf dasselbe Niveau stellen, das ist durchaus selbstverständlich.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Mag^a Grabe

8) A 8 – 40945/2009-24

Energie Graz GmbH
Richtlinien für die außerordentliche
Generalversammlung am 30.11.2011
gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz;
Stimmrechtsermächtigung

GRin. Mag^a **Grabe**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die schon erwähnte Energie Graz, und zwar die Stimmrechtsermächtigung für Stadtrat Rüschi für die außerordentliche Generalversammlung der Energie Graz GmbH, die am 30.11.2011 stattfinden soll, bei der es neben den formalen Dingen vor allem darum geht um die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2012 und die Kenntnisnahme der Mittelfristplanung 2013 bis 2016 von der Energie Graz GmbH & CO KG. Wirtschaftsplan und Mittelfristplanung sind trotz der auffälligen Kürze der Unterlagen trotzdem ausführlich im Finanzausschuss diskutiert worden, vor allem in punkto Personal- und Preisgestaltung. Es wurde auch die Bitte um mehr Ausführlichkeit übermittelt und dieses Stück wurde im Finanzausschuss mehrheitlich beschlossen. Ich halte mich jetzt kurz, nachdem ich davon ausgehe, dass es ohnehin Diskussionen von den Kolleginnen und Kollegen gibt. Danke.

Die Berichterstatterin stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1997, LGBl.Nr. 130/1967 in der Fassung LGBl.Nr. 42/2010 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Energie Graz GmbH, StR. Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi, wird ermächtigt, in der am 30.11.2011 stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung der Energie Graz GmbH insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Genehmigung der Tagesordnung und des Protokolls der ao. Generalversammlung der Energie Graz GmbH vom 7. Dezember 2010
2. Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2012 sowie Kenntnisnahme der Mittelfristplanung der Jahre 2013 bis 2016 der Energie Graz GmbH & Co KG.

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat! Ein weiterer Fall, sage ich Ihnen auch, wo wir als Politik komplett machtlos sind, wenn es darum geht, sozialgestalterisch auch in das Hundertprozent-Eigentum unserer eigenen Stadt eingreifen zu wollen, das sage ich auch bei der Gelegenheit. Diese Stadt bekennt sich in hunderttausend Resolutionen, in den Sonntagsreden ihrer Funktionäre zur Bekämpfung der Feinstaubbelastung. Jede zweite Woche wird irgendein Projekt vorgestellt, das sich gegen die Feinstaubbelastung und für eine Ökologisierung dieser Stadt einsetzt. Der Umweltlandesrat wird geprügelt, Gott und die halbe Welt wird geprügelt, wir stehen seit Jahren vor dem unlösbaren Problem, dass Feinstaub in Graz auch die Gesundheit beeinträchtigt und daher es auch richtigerweise Fernwärmeanschlüsse in dieser Stadt gibt, die auch gefördert werden, und heute stimmen wir ein Stück ab (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), wo wir einmal mehr indirekt eine 5-%-ige Erhöhung der Fernwärmekosten in Graz mitbeschließen. Und, sehr geehrte Damen und Herren von den Grünen, ich kann mich an Ihre Reden erinnern, wie Sie davon gesprochen haben, mehr direkten Einfluss, mehr Demokratie, mehr Demokratie im Gemeinderat, mehr Aufsichtsmöglichkeit, auch für die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, und wo Sie genau diese Methoden, die Sie jetzt selbst mittragen, immer kritisiert haben. Wir werden diesem Stück nicht zustimmen, weil es ein unehrliches Stück ist, weil es ein trojanisches Pferd ist, wo man hier einer Stimmrechtsermächtigung zustimmt und auf der anderen Seite die Fernwärmegebühren der Grazerinnen und Grazer damit erhöht. Wenn etwas gut geht in der Stadt, dann vereinnahmt der Bürgermeister und die Vizebürgermeisterin alles, was von der Holding Graz ist, immer für sich selbst, tragen sie wie einen Orden auf

dem Revers, geschmückt wie ein aufgeputzter Christbaum. Wenn was schlecht geht, sagt man, wir haben keine Einflussmöglichkeit, weil das ist alles die Holding Graz. Das werden wir heute noch einmal ausführlich bei den 31 Fahrscheinkontrolloren diskutieren, da erleben wir es ja. Wenn was gut geht, haben wir die Frau Rücker und den Herrn Bürgermeister mit dem Herrn Malik auf den Fotos in erster Reihe, sie klopfen sich gegenseitig auf die Schulter und sagen, es war so super. Wenn was schlecht geht, sagt man, wir haben damit nichts zu tun. Wir haben zwar alle unsere Politoffiziere hin entsorgt, die unnötigsten Arbeitnehmer, die nichts zusammengebracht haben, haben wir zwar alle in die Holding hineingebracht, aber wir haben damit überhaupt nichts zu tun, außer dass wir es als Personalreservat für unsere Postenschachereien verwendet haben. Wir machen bei diesem Lug, bei diesem Trug, den dieses Stück ausdrückt, nicht mit.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Stadtrat Eisel-Eiselsberg übernimmt um 14.35 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatter: StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi

9) A 8 – 36600/2010-48

Landeshauptstadt Graz,
Rechnungsabschluss 2010

StR. Dipl.-Ing. **Rüschi**: Hoher Gemeinderat! Der Rechnungsabschluss der Landeshauptstadt Graz für das Rechnungsjahr 2010 wurde, wie in den vergangenen Jahren von den Magistratsabteilungen 8/3 – Abteilung für Rechnungswesen und 8 – Finanz- und Vermögensdirektion erstellt und gemäß Statut für zwei Wochen zur

öffentlichen Einsicht aufgelegt. Von diesem Einsichtsrecht hat niemand Gebrauch gemacht, keine Gemeindebürgerin oder kein Gemeindebürger hat diese Einsicht gemacht. Gemäß § 96 des Statutes hat der Bürgermeister den Rechnungsabschluss so zeitgerecht auf die Tagesordnung einer öffentlichen Sitzung des Gemeinderates zu setzen, dass dessen Genehmigung vor Eingang in die Beratung über den Voranschlag des zweitfolgenden Jahres erfolgen kann. Hoher Gemeinderat! Der Rechnungsabschluss 2010 ist eine weitere Stufe des in der Koalition vereinbarten und 2008 begonnenen Konsolidierungspfades. Ich darf für Sie vielleicht die wichtigsten Ergebnisse von diesem Rechnungsabschluss 2010 an insgesamt fünf Kriterien und fünf Maßzahlen darlegen. Der laufende Saldo, das ist also der Saldo jener Gebarung, die gleichsam dem operativen Budget entsprechen, also ohne Investitionen, ohne Investitionsfinanzierung, der laufende Saldo ist seit 2001 im Jahr 2010 praktisch ausgeglichen, der konsolidierte Cash flow vor Zinsen, das heißt, die laufende Gebarung, konsolidiert nicht nur Magistrat, sondern auch summiert über aktuelle Beteiligungen, vor Zinsen fast 90 Millionen Euro im Positiven. Die Investitionen sind auf Rekordniveau, nämlich auf 137 Millionen Euro, der konsolidierte Schuldenstand, Kollege Grosz, liegt weit unter den von dir genannten 1,4 Milliarden, sondern es sind 1,04 Milliarden Euro, und die Nettoverschuldung ist lediglich um 8 Millionen im letzten Jahr gestiegen. Ausschließlich beim Maastricht-Saldo haben wir einen nennenswerten Abgang zu spüren und zu tragen mit 43 Millionen Euro, ich werde auf die Problematik von diesem Saldo noch eingehen. Das ist in Kurzform die Bilanz des Rechnungsabschlusses 2010, ich möchte mich an dieser Stelle bedanken durchaus bei Ihnen allen, denn die wesentlichen und wichtigen Entscheidungen sind alle vom Gemeinderat beschlossen worden klarerweise, und es ist uns mit diesem Budget und das, denke ich, ist auch die Kernaussage des folgenden Rechnungshofberichtes bei aller Kritik, die da im Detail kommt, das ist die Kernaussage, dass sich die Stadt Graz damit sehr nachhaltig und sehr, sehr konsequent auf einem Konsolidierungspfad bewegt. Ich darf Ihnen vielleicht in Erinnerung rufen, dass wir erst für die Jahre 2012 bis 2015 einen Ausgleich in der laufenden Gebarung erwartet haben, wir haben dieses Ziel 2010 beinahe schon erreicht (*Applaus ÖVP*). Ich darf vielleicht das eine

nochmals wiederholen, dass wir mit dieser mittelfristig ausgelegten Budgetkonsolidierung vielleicht keinen so glamourösen Weg gewählt haben wie andere Gebietskörperschaften mit ganz harten Ansagen, die in einem Jahr erfüllt werden sollen, deren Erfüllung aber dann ohnehin nicht leicht beziehungsweise gar nicht möglich ist, sondern wir haben einen sehr, sehr konsequenten, einen sehr, sehr nachhaltigen Weg gewählt, sozusagen ein Weg mit einem langen Atem. Ich möchte das durchaus hervorheben, dass es in Österreich, bei den österreichischen Regierungen im Bund, Land und den Städten nicht selbstverständlich ist, dass eine Regierung antritt und dann über fünf Jahre, wir sind ja derzeit bereits im vierten Jahr und wir werden in einem Monat das Budget für 2012 vorlegen, einen derart konsequenten Budgetkonsolidierungskurs vorlegt und ihn sehr, sehr diszipliniert einhält und dann eben auch trotz großer Schwierigkeiten im Detail zu diesem Ergebnis kommt. Ich darf ein paar Detailausführungen dazu machen. Ich bitte um das nächste Bild. Die Summe der ordentlichen Gebarung 862 Millionen Euro mit Summe der außerordentlichen Gebarung 98,4 Millionen Euro, das heißt, die gesamte Gebarung hat einen Umfang von zirka 960 Millionen Euro. Ich darf hier an dieser Stelle erwähnen, dass in der außerordentlichen Gebarung ein Großteil der Investitionen der Stadt Graz vorhanden ist. Vielleicht einige Beispiele dazu, ich wurde heute auch im Ausschuss gefragt, welche Investitionen da dahinterliegen. Es sind Investitionen in das Kanalnetz, es ist das Bad Eggenberg, es ist der Nahverkehrsknoten Hauptbahnhof, es ist Sanierung von Wohngebäuden, es ist der Ankauf der Hummelkaserne, Hochwasserschutzmaßnahmen, etwa Rückhaltebecken in Mariatrost, es sind Luftreinhaltemaßnahmen über unseren Fonds, es sind Verkehrsfinanzierungen für die Holding Graz, für die Grazer Linien, die Straßenbahnen kaufen, es sind auch weiterhin die Kinderbetreuungseinrichtungen in Andritz und in der Schönbrunngrasse. Also eine Fülle von Einrichtungen, die die Stadtentwicklung, die Entwicklung der Stadt Graz mit hoher Lebensqualität sichert, aber auch die Entwicklung der Stadt Graz als besondere Attraktion für Industriestandorte weiter ausbaut. Sie sehen dann zusätzlich den Saldo der Vermögensgebarung, das heißt, wir haben in Summe 47,2 Millionen zu finanzieren

gehabt, die nicht über die laufenden Einnahmen, nicht über Kapitaltransfers finanziert worden sind. Wie schon erwähnt und auch schon diskutiert, haben wir bis auf acht Millionen Euro dieses Finanzierungsbedürfnis durch Rücklagen gedeckt. Vielleicht einen kurzen Ausflug dazu. Ich denke, dass diese Finanzierung durch Rücklagen eine sehr gescheite Finanzierung ist. Was ist eine Rücklage? Ausgenommen etwa vom Kanalbereich, der ein eigener Finanzierungskreis ist, und dort die Rücklagen über die Gebühren gedeckt werden und dann für Investitionen zur Verfügung gestellt werden. Im freien Bereich sozusagen sind die Rücklagen Geldmittel, die im Laufe der letzten Jahre nicht benötigt wurden und zwar deshalb nicht benötigt wurden, weil wir in den letzten Jahren im Budget tatsächlich im Erfolg besser abgeschnitten haben als wir budgetiert haben. Das heißt, weniger Mittel verbraucht, das wird einer Rücklage zugeführt. Ich bin mit der Finanzdirektion einer Meinung, dass wir die Rücklagen durchaus abbauen konnten, das haben wir auch gemacht im letzten Jahr und zwar mit einem einfachen Argument. Die Geldmittel einer Rücklage liegen auf der Bank, entweder zu einem niedrigen Zinssatz oder wir veranlassen spekulativ, was sicherlich nicht in Frage kommt und was bisher in der Vergangenheit auch nie der Fall war. Der normale Eckzinssatz oder zu dem Zinssatz, den wir immer von der Bank bekommen, dieser Zinssatz ist jedenfalls niedriger als der Zinssatz für Ausleihungen. Das heißt, Geld zu horten, aus welchen Gründen auch immer, ist wirtschaftlich gesehen nicht zu empfehlen. Aus diesem Grund war es sehr, sehr richtig und wirtschaftlich durchaus in Ordnung, dass wir die Rücklagen verwendet haben, um damit den Finanzierungsbedarf bei den Investitionen zu einem großen Teil gedeckt zu haben. Wir haben im Jahr 2010 um insgesamt nahezu 34 Millionen Euro besser abgeschnitten als budgetiert. Wie das gegangen ist, zeigt die nächste Grafik. Der Voranschlag für das Jahr 2010 lag bei minus 34 Millionen Euro, es sind dann nochmals drei Millionen Euro dazugekommen durch ein erhöhtes Sozialbudget, durch die gesetzlichen grundlagengesetzlichen Zahlungsverpflichtungen, sodass dann letztlich dieser Finanzierungsbedarf 37 Millionen Euro waren. Wir haben insgesamt 12 Millionen Euro auf der Ausgabenseite gespart, nämlich durch nicht benötigte Sparbücher beziehungsweise

Verstärkungsmittel, ein ansehnlicher Betrag immerhin ein Drittel der hier zur Diskussion stehenden Summe. Wir haben, Gott sei Dank, aufgrund der besseren Wirtschaftsentwicklung als prognostiziert 8 Millionen höhere Ertragsanteile erzielt, wir haben weiter einen geringeren Zinsaufwand gehabt als geplant, um fünf Millionen Euro und wir haben bei den Gemeindesteuern drei Millionen mehr eingenommen als geplant und dann gibt es noch einen Topf „Sonstiges“, in dem beim Materialaufwand sonstige Ämter Einsparungen sowie höhere Transfereinnahmen drinnen sind. Das sind die wichtigen Kriterien, weswegen wir im Jahr 2010 um zirka 34 Millionen besser abgeschnitten haben als geplant und das Ergebnis in der laufenden Gebarung dann de facto Null war. Lassen Sie mich noch zu dem weniger Zinsaufwand sagen. Zunächst einmal ist es eine allgemeine wirtschaftliche Erkenntnis, dass im letzten Jahr das Zinsniveau niedriger war. Dahinter spiegelt sich aber auch das zunehmende Vertrauen der Banken gegenüber der Stadt Graz wider. Wir werden das dann noch diskutieren beim Schuldenstand. Schuldenstände werden heute von Banken bewertet, und die Banken stützen sich auf Argumente der Ratingagenturen, kann man dazu stehen, wie man will. Wir haben bei den letzten Schuldscheindarlehen, die wir heute auch noch beschließen werden, bessere Konditionen, und zwar um zirka einen halben Prozentpunkt bessere Konditionen, als sie der Bund bekommt. Das dürfen Sie sich einmal vorstellen, das heißt, wir beziehen derzeit Geld auf dem Kapitalmarkt zu günstigeren Konditionen als der Bund (*Applaus ÖVP*). Mag beim Bund die Diskussion um das Triple A eine wichtige sein, Städte werden ja nicht gerettet, würden sie gerettet werden hätten wir jedenfalls das Triple A nach wie vor sicher. Deshalb auch der geringere Zinsaufwand, weil wir das Geld zu so günstigen Konditionen bringen. Ich komme damit zum konsolidierten Schuldenstand: Wie immer seit vielen Jahren weisen wir den Schuldenstand nicht nur für die Stadt, also für den Magistrat, aus, sondern auch inklusive der Beteiligungen. Sie sehen, dass das für eine Transparenz und für eine saubere Darstellung des Schuldenstandes, die auch die erste Stufe einer Budgetkonsolidierung sein muss, die Bedeutung von dieser Darstellung wieder, weil inzwischen schon mehr als die Hälfte der Schulden von den Beteiligungen aufgenommen wird, also eine wirkliche Schuldenkonsolidierung,

Budgetkonsolidierung nur unter Einbeziehung der Beteiligungen erfolgt, das tun wir. Dazu haben wir heute, glaube ich, auch noch im Rahmen eines dringlichen Antrages Gelegenheit, darauf hinzuweisen, wie sehr wir die Beteiligungen an die Brust nehmen, an die kommunalpolitische Brust. Wir haben die Nettoverschuldung im Jahr 2010 um acht Millionen Euro ausgeweitet. Man mag zu Schuldenbremsen stehen wie man will, alle bekannten Schuldenbremsen liegen jedenfalls höher als diese acht Millionen. Vielleicht ein Beispiel: Das Land hat eine Schuldenbremse eingezogen bei drei Prozent der Gesamtausgaben, da liegen wir mit 8 Millionen Euro weit darunter, wir liegen unter einem Prozent. Wir haben auch in dem Zeitraum von 2006 bis 2010 eine sehr, sehr maßvolle, aber auch sehr konsequente Neuverschuldung betrieben und das ist aus meiner Sicht der zweite Grund, weshalb wir insgesamt auf einem guten Weg bei der Budgetkonsolidierung sind. Wie Sie wissen, stehe ich zu einem entsprechenden Schuldenniveau und zwar einfach aus dem Grund, weil die Stadt, und zwar seit 2010, mit der Schuldenfinanzierung ausschließlich Investitionen finanziert. Wir haben zehn Jahre lang mit der Neuverschuldung auch einen Teil der Personalausgaben, Leistungen, Käufe usw. finanziert, seit 2010 finanzieren wir ausschließlich Investitionen. Und dazu bekenne ich mich. Ich glaube, wenn eine Einrichtung wie eine Straßenbahn, eine Schule, ein Kindergarten über 50 Jahre oder mehr von der Bevölkerung genutzt wird, dann ist es durchaus auch fair, den finanziellen Aufwand dafür auf diese Nutzungsdauer zu verteilen. Solange man sich, und das ist klar, solange man sich diese Schulden leisten kann und solange man sehr, sehr konsequent die Verschuldung beobachtet und auch auf einem sehr konsequenten Weg weitergeht. Das tun wir, wie Sie wissen. Wir haben von 2006 bis 2010 eine außerordentliche Gebarung vorgeschlagen, umgesetzt und eingehalten und wir sind im ersten Jahr für die neue außerordentliche Gebarung von 2011 bis 2015 mit 200 Millionen Euro begrenzt. Sie haben aus den letzten Tagen die Erkenntnis gewonnen, dass wir, wenn es etwa um eine Neuinvestition geht, wir über den wichtigen Südgürtel nicht einfach nach einer Sonderfinanzierung schreien, sondern wir haben uns in der Koalition sehr intensiv, sehr nachhaltig und auch sehr konsequent vereinbart, dass wir diese 25 Millionen in der derzeitigen

außerordentlichen Gebarung unterbringen, das heißt natürlich, dass wir Töpfe, die für die zukünftigen Investitionen zur Verfügung stehen, durchaus reduzieren müssten. Es ist kein einziges konkretes Projekt aus der AOG verschwunden, aber die Töpfe, die wir für einzelne Bereiche haben, sind selbstverständlich kleiner geworden, in Summe um 25 Millionen Euro. Also nochmals, wenn ein Schuldenweg vereinbart wird, geplant wird, konsequent verfolgt wird, dann ist das aus meiner Sicht eine ganz, ganz wichtige Politik einer Gemeinde. Ich stehe nach wie vor dazu, dass eine Stadt, die keine Verschuldung hat, zuwenig für ihre Zukunft tut, und das gilt nicht nur für Verkehrsinvestitionen, gilt nicht nur für Schulen, für Kinderbetreuung, das gilt auch mit dem Blick auf diese Seite des Gemeinderates selbstverständlich auch für den Wohnungsbau und selbstverständlich auch für Sanierungen im Wohnbau, die wir mit einem sehr ansehnlichen Betrag in der außerordentlichen Gebarung drinnen haben. Ich komme zur konsolidierten Betrachtung, das heißt, das ist das Ergebnis der laufenden Gebarung von dem Magistrat und von allen Beteiligungen. Sie sehen, dass wir im Jahr 2005 und 2006 noch negativ waren mit 12 Millionen Euro beziehungsweise fünf Millionen Euro. Seit dem Jahr 2007 hat sich der laufende Saldo, der Saldo der Laufenden Gebarung von Magistrat und allen Beteiligungen zusammengerechnet, kontinuierlich verbessert, vor Zinsen haben wir im Jahr 2010 einen positiven Abschluss von 94 Millionen Euro, nach Zinsen sind es 45 Millionen Euro, das heißt, dass wir im Jahr 2010 45 Millionen des gesamten Investitionsvolumens von 137 über diesen Überschuss in der laufenden Gebarung finanzieren konnten, das ist durchaus ein ansehnlicher Betrag. In der Tendenz, sehen Sie, dass wir da ebenfalls auf dem richtigen Weg sind und diesen Weg selbstverständlich auch in Zukunft weitergehen wollen. Ich darf zusammenfassen, das Jahr 2010 war auf Basis der guten wirtschaftlichen Entwicklung sicherlich nicht so schwierig wie das Jahr 2009, und das Jahr 2012 vor allem wird sicherlich auch schwieriger werden. Was sicherlich hervorhebenswert ist und wozu wir, glaube ich, insgesamt alle sehr, sehr stolz sein dürfen, das ist, dass es trotz aller Diskussionen und teilweise eben auch sehr heftigen Diskussionen um Projekte, um Maßnahmen gelungen ist, den Budgetrahmen insgesamt einzuhalten. Wir befinden uns damit in

einer schwierigen wirtschaftlichen Situation und auch in einer nicht ganz leichten Budgetsituation auf einem guten, auf einem sehr stetigen Weg nach oben und ich denke, dass es gelingen wird, am Ende dieser Periode nach den fünf Jahren zu sagen, dass wir die Budgetpolitik in der Stadt Graz und das Budget in der Stadt Graz insgesamt sicher mit mehr Handlungsspielräumen dann der neuen Regierung übergeben können. Ein wichtiger, wesentlicher Punkt, darf mich wiederholen. Eine Budgetpolitik, ohne Beteiligungen an die kommunalpolitische Brust zu nehmen, ist nicht mehr möglich und zwar einfach deshalb nicht oder ist nicht möglich und war auch nie möglich und zwar einfach deshalb, weil ein sehr großer Teil der kommunalen Aufgaben, der kommunalen Daseinsvorsorge von den Beteiligungen, von der Holding, aber auch von anderen Unternehmen erbracht wird. Eine Budgetkonsolidierung kann nur dann gelingen, wenn wir hier in diesem Raum nicht nur über die Abgänge oder eben Überschüsse des Budgets im Magistrat diskutieren, sondern auch über das Erfolgsergebnis der Beteiligungen. Nur dann, wenn wir hier diskutieren, wie viel die Beteiligungen investieren können. Viele Investitionen sind sehr gescheit und sind durchaus vernünftig, aber es ist eben auch die Frage, ob wir sie uns diese Investitionen leisten können und diese Frage müssen wir eben, haben wir in der Vergangenheit und müssen wir auch in der Zukunft vermehrt, auch bei den Beteiligungen stellen, dann gelingt es jedenfalls, den gesamten Schuldenstand in einem Rahmen zu halten, der aus meiner Sicht auch deshalb finanzierbar ist und damit möchte ich schließen mit einer kleinen Rechnung: Wir haben im Jahr 2010 zirka 40 Millionen Euro an Zinsen bezahlt inklusive Leasingmieten. 40 %, das ist das, was uns die Verschuldung gekostet hat, das sind ungefähr 4 % der gesamten Ausgaben, und wir haben damit die Finanzierung geleistet für die Fülle von Einrichtungen, die ich Ihnen genannt habe, Bad Eggenberg usw., ich will sie nicht alle wiederholen. Das ist leistbar, das schränkt auch den Handlungsspielraum nicht wesentlich ein und es ist durchaus aber auch, glaube ich, ein Zeichen der Verantwortung, dass wir eben auch gerade bei den Investitionen so viel tun, dass die Stadt einen Beitrag auch für den Arbeitsmarkt in Graz leistet. Ich danke und bitte um Annahme des Berichtes (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 96 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 42/2010 beschließen:

1. Der Rechnungsabschluss der Landeshauptstadt Graz der Ordentlichen und der außerordentlichen Gebarung für das Jahr 2010 wird genehmigt.
2. Die Überschreitung der im Motivenbericht angeführten Konten, Deckungsklassen und Eckwerte wird nachträglich beschlossen.
3. Die gemäß § 27 der Satzungen der Krankenfürsorgeanstalt für die Beamten der Landeshauptstadt Graz über die entsprechenden Reservefonds abgewickelten Wirtschaftsfolgen des Haushaltsjahres 2010, das sind der Soll-Überschuss
des Fonds für Zusätzliche Leistungen von € 177.072,74
bzw. die Soll-Abgänge
des Betriebsfonds für Pflichtleistungen von € 316.368,25
des Fonds für Erweiterte Heilbehandlung von € 14.973,06
werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 14.50 Uhr den Vorsitz.

GR. **Hötzl:** Sehr geehrter Herr Finanzstadtrat! Sie sind ein Meister im positiven Darstellen positiver Zahlen. Diese positive Eigenschaft müssen wir Ihnen wirklich zugestehen. Nur schauen wir uns an, wie Sie ihr Budget zusammenbekommen. Sie geben einnahmenseitig Gelder ins Budget hinein, die von Bund und Land kommen sollen mit Betonung auf sollen, wir alle wissen, dass diese Gelder, siehe nur am Beispiel Bad Eggenberg, sehr oft nicht überwiesen werden, wo wir jahrelang nachlaufen müssen, teilweise auch davon gar nichts bekommen. Sie budgetieren

Einnahmen, wo Sie bereits heute wissen, dass diese nur teilweise oder gar nicht einlangen werden. Betreffend Investitionen: Grundsätzlich sind Investitionen gut. Sie haben selber gesagt, eine Stadt, wenn sie wächst oder sich weiterentwickelt, soll und muss investieren, was Sie sehr oft vergessen sind die Folgekosten, die damit auch immer weiter im Ansteigen begriffen sind. Der Stadtrechnungshof empfiehlt bereits jetzt, nur noch solche Investitionen zu tätigen, die entweder infrastrukturell unerlässlich sind oder aber Einnahmen erzeugen in Zukunft. Also der Stadtrechnungshof als unser gutes oder schlechtes Gewissen in der Stadt, jedenfalls als Selbstinstitution, die uns überprüft, wenn der das sagt, sollte man sich, glaube ich, Gedanken darüber machen. Thema Zinssteigerungen, Sie haben in Ihrer Aufstellung ein Plus, ich glaube, von fünf Millionen Euro gehabt, weil wir weniger Zinsen gehabt haben dieses Jahr. Derzeit haben wir ein sehr niedriges Zinsniveau. Fachleute, die sich damit beschäftigen, sagen, historisch niedriges Zinsniveau, mit Zinssteigerungen ist sehr wahrscheinlich zu rechnen. Auch hier geht es um Millionenbeträge, die Sie in Zukunft, wenn es so ist, und alles schaut danach aus, nur sehr schwer bedecken werden können. Heute ist es in der Zeitung gestanden, Pensionsrücklagen aus der Holding Graz. 2012 werden letztmalige 34 Millionen Euro aus der Pensionsrücklage von der Holding Graz kommen. Die Vereinbarung hat gelautet, 150 Millionen Euro auf fünf Jahre verteilt, die Rücklage ist damit aufgebraucht. Das heißt, nächstes Jahr einmal noch 34 Millionen und diese Rücklage ist weg, was aber sehr wohl übrig bleibt von der Rücklage, sind die Verpflichtungen zur Pensionszahlung, die bleiben da, Rücklage steht künftig nicht mehr zur Verfügung. Nächstes Thema, Immobilienpaket. Wir werden heute das zehnte Immobilienpaket beschließen, wo die Stadt Graz Immobilien verkauft an die GBG. Mittlerweile werden aber nicht nur Immobilien verkauft, sondern bereits Baurechte, weil einfach keine Immobilien mehr da sind, die an die GBG verkauft werden können. Auch diese Einnahmen werden in Zukunft ausbleiben oder zumindest in nur sehr geringer Höhe, wenn man irgendwie ein Baurecht oder andere Sonderrechte bewerten kann, weitergehen. Auch hier werden Sie Ausfälle in der Zukunft haben. Nächstes Thema, Schuldscheindarlehen. Wir werden heute erstmalig und heute, ich glaube, es gibt vier oder fünf Stücke,

Schuldscheindarlehen zeichnen. Sie nehmen bereits Darlehen ohne Tilgung auf und das im großen Stil. Es gibt Darlehen ohne Tilgung bereits in der Stadt, aber nicht in diesem großen Stil, wie wir es heute machen werden. Im November 2021 werden auf einen Schlag, nämlich genau im November 2021, werden 130 Millionen Euro fällig sein. Wir haben heute im Finanzausschuss darüber diskutiert, der Herr Dr. Kamper und auch Sie, Herr Stadtrat, haben mit langen Reden, fünf Minuten oder noch länger hat es gedauert, mit schönen Worten erklärt, dass Sie eigentlich noch nicht wissen, weil Sie es gar nicht wissen müssen, weil es Sie heute eh noch nichts angeht, wie Sie diese 130 Millionen Euro bezahlen werden. Wird sich schon so ergeben irgendwie, Cash flow hin, Cash flow her. Wirklich ein Patentrezept dagegen oder einen Ansparer oder wie auch immer in diese Richtung oder Rücklagenbildungen, davon haben wir nichts gehört. Ihr Focus liegt offenbar zwischen Wahltermin und Wahltermin, Ihnen fehlt aber der für einen Finanzstadtrat so sehr notwendige Weitblick aus unserer Sicht. Sie vergolden momentan das Familiensilber und werden demnächst Ihrem Nachfolger eine Stadt mit Schulden, aber ohne Vermögen hinterlassen. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. Rücker: Ich habe zuerst übersehen, dass wir ursprünglich ausgemacht hatten, dass das Stück 32), nämlich die Rechnungshofstellungnahme dazu auch berichtet wird und dann erst die Diskussion stattfindet. Deswegen ersuche ich jetzt die Frau Gemeinderätin Bauer zu berichten.

Berichterstatterin: GRin. Mag^a Bauer

NT 32) StRH-755/2011

Vorprüfung der Rechnungsabschlüsse
2010 der Landeshauptstadt Graz

GRin. Mag^a Bauer: Ich darf die Berichterstattung für den Kontrollausschuss in meiner Funktion als Vorsitzende des Kontrollausschusses übernehmen. Der Herr Stadtrat hat ja sehr viel Licht für seine 15 Seiten gebraucht, auch eine Power-Point-Präsentation, um die schönen Zahlen aus seiner Perspektive zu zeigen. Ich habe es ungemein schwieriger. Wir haben einen 100-Seiten-Bericht vorliegen mit einigen Kritikpunkten und ich muss das jetzt in Worten beschreiben. Ich bitte Sie aber dennoch, nachdem sicher nicht alle Kolleginnen und Kollegen auch den Bericht gelesen haben, meinen Ausführungen zuzuhören. Der Bericht umfasst, also hat der Stadtrechnungshof durchgeführt, er ist in drei Teile gegliedert, beginnt mit den kameralen Haushalt und hier beginnt er gleich mit der Tabelle 1, zu Beginn wird gleich darauf hingewiesen auf den Saldo 1, der sehr wichtig ist, weil der Saldo 1 zeigt, ob die Stadt die laufenden Ausgaben durch die laufenden Einnahmen bedecken kann und eine negative Zahl ist demnach sehr bedenklich, sagt die VRV, und darauf wird schon hingewiesen. Und wenn man nachblättert, findet man die erste negative Zahl mit 245 Millionen. Auch hinsichtlich der Entwicklung des mehrjährigen Haushaltsdefizits wird darauf hingewiesen, dass einige Sondereffekte stark dazu beigetragen haben, gute und schöne Zahlen zu erreichen. Das eine ist der Verkehrsfinanzierungsvertrag, der zu 50 % in die laufenden Ausgaben oder in den laufenden Betrieb fließen soll und der Rest in die Investitionen, das wurde nicht immer klar und scharf und gut abgetrennt. Des Weiteren fanden Pensionszahlungen statt und, wie wir wissen, von der Graz Holding an die Stadt, damit die Stadt in Zukunft die Pensionslasten übernimmt. Diese Zahlungen finden jährlich in der Höhe von 33 Millionen Euro statt, mit Ende nächsten Jahres das letzte Mal. Weiters ist hervorzuheben, dass natürlich auch die Einnahmen gestiegen sind, die Bundesabgaben sind gestiegen, das ist ja sehr schön, die Wirtschaft hat sich gut entwickelt, die Stadt hat daran teil. Gestiegen sind auch die Gebühren, das hat der Herr Stadtrat auch erwähnt. Besonders wird auch darauf hingewiesen, dass unter der Position Veräußerungen/Gewinnentnahmen auch eine

Verdoppelung bei den Geldflüssen stattgefunden hat. In Summe kann festgehalten werden für den laufenden Haushalt, dass zwar die Einnahmen gut sind, aber wir wissen, diese Einmaleffekte, Sondereffekte, steigenden Gebühren haben gut dazu beigetragen. Der Herr Stadtrat hat auch sehr viel Zeit dafür verwendet, auf den guten Zinssatz und die Zinssatzentwicklung hinzuweisen. Ja, das ist schon richtig, die Zinssatzentwicklung ist international bedingt, ich teile Ihre Einschätzung nicht oder die Begründung nicht vollständig, teilweise aber, ich möchte auf eines besonders hinweisen, auf die Seite 14 im Bericht des Rechnungsabschlusses, da haben wir nämlich eigentlich die wahren Verschuldungsausgaben, nämlich bestehend aus Zinsen, Leasing und GBG-Mieten, denn das sind in Summe die Aufwendungen. Wenn wir hier vergleichen, dann kommen wir doch auf einen Betrag, 2006 waren es 37 Millionen Euro, 2010 40 Millionen Euro, und das heißt ein Plus von 9 %. Das ist ja nicht so wenig, was wir an Finanzierungskosten hier zu tragen haben. Auch was die AOG betrifft beziehungsweise, ich habe AOG schon erwähnt, beziehungsweise die Folgekosten der Investitionen über 225 Millionen Euro. Es wird auch einiges zur Vermögensgebarung festgehalten und die Vermögensgebarung ist geprägt durch die Immobilientransaktion, das heißt, die Neuverschuldung außerhalb des Budgets. Angemerkt werden muss auch, dass Zahlungen von anderen Trägern nicht unwesentlich waren, ob es Bund oder das Land war für diverse besondere Projekte, wie beispielsweise das Bad Eggenberg. Hinsichtlich der Finanzgebarung ist besonders darauf hingewiesen, dass die Stadt Graz auch Dividenden entnommen hat, nämlich von der Holding 36 Millionen Euro. Beachtlich ist aber auch der Anstieg der Rücklagenentnahmen, das waren 2009 31 Millionen Euro und im Jahr 2010 47 Millionen Euro, das heißt, ein Plus von 15 Millionen Euro. Was die wirtschaftlichen Unternehmungen anbelangt, das ist der zweite Teil, hier zeigt sich, dass die Gesamtbilanz ein Vermögen von 1,7 Milliarden ausweist, wobei aber die Liquidität der städtischen Unternehmen schrittweise abgebaut wurde. Zur Erfolgsrechnung der Unternehmen möchte ich noch einmal die Dividendenentnahmen ansprechen: 2008 waren es 20 Millionen Euro, 36 Millionen 2009 und die nochmals erwähnten Pensionsablösen an die Stadt Graz. Zur finanziellen Gesamtlage zeigt sich, dass die

laufenden Ausgaben steigen. Die Stadt reüssiert dennoch von den günstigen Zinssätzen, die im Detail sinken, aber in den Gesamtfinanzierungskosten dennoch im Steigen begriffen sind. Die Gesamtbeurteilung zeigt uns und aus der Prüfung heraus vom Stadtrechnungshof, dass nach dem Wesentlichkeitsprinzip geprüft wurde, dass es vollständig rechtskonform und richtig ist, aber, und der Stadtrechnungshof hält auch einiges an Aufgaben für die Zukunft an den Finanzreferenten und für die Finanzen zuständigen Verantwortlichen fest. Da sind das eine, der Hinweis auf die Jährlichkeit was die Transfers im laufenden Haushalt betrifft, eine klare Trennung in Ausgaben im laufenden Haushalt und Vermögen und es wird auch darauf hingewiesen, dass bei der Vermögensbewertung im öffentlichen Gut die Regeln und die Spielregeln der VRV sehr weit gedehnt, sehr, sehr weit gedehnt wurden. Zur Haushaltsanalyse wird abschließend auch noch festgehalten, dass mit dem Wachstum aber auch die Verschuldung wächst und das gilt es für die Zukunft im Auge zu behalten und birgt natürlich auch Gefahren in sich. Das heißt zusammenfassend, der Kontrollausschuss hat die Vorlage debattiert und auch die Berichte und Empfehlungen einstimmig beschlossen und wir können nur den Finanzreferenten ersuchen, auch dies zu beherzigen. Ich möchte auch hier gleichzeitig für den Kontrollausschuss einen Dank aussprechen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Stadtrechnungshof und ich bitte den Herrn stellvertretenden Stadtrechnungshofdirektor Dr. Stöckl, ihn den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu überbringen. In diesem Sinne darf ich meinen Bericht schließen. Als Anregung für das nächste Jahr wäre es sehr fein, auch mit einem optisch gleichgeschalteten Medium von 15 Seiten zu 100 Seiten zu arbeiten, damit wir alle, Sie alle, die den Bericht nicht gelesen haben, auch klar sehen können, wo Verbesserungen sind, das ist mein Wunsch für das nächste Jahr. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Berichterstatterin stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des

Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Wir könnten natürlich ganz viele Sachen sehr ausgiebig debattieren, wir machen das manchmal im Finanzausschuss, deswegen dauert es auch etwas länger, so wie heute. Da hat es ernst gemeint Anfragen gegeben zu der Schuldenaufnahme, die haben wir sehr ausgiebig diskutiert, musste man sich schon Kritik gefallen lassen, weil es so lange gedauert hat, aber ich glaube, das macht schon auch Sinn und ist auch gut. Ich glaube, hier im Gemeinderat ist nicht unbedingt die Zeit, wir haben einen Finanzgemeinderat, in dem wir genauer darüber reden. Ich möchte nur ein paar Details, die mir einfach so aufgefallen sind beim Zuhören neben ganz vielen Dingen. Wenn es zum Beispiel heißt, die Zinsbelastung ist von 2006 bis 2010 oder Zins- und Mietbelastung ist um 9 % gestiegen, sage ich ja, nur wo ist die Aufregung? Das ist zirka die Inflation für den Zeitraum, das ist zirka gleich geblieben. Na bitte, was wollen wir mehr? Wenn die Zinsbelastung real gleich bleibt, dann sehe ich kein Problem für große Aufregung. Die Einnahmen steigen um 9 %, die Ausgaben steigen um 9 %, die Zinsbelastung steigt um 9 %, mich kann es nicht aufregen, ich weiß nicht, warum sich die Susanne Bauer so aufregt, sie müsste das ja eigentlich auch wissen, dass das üblich ist, dass halt alles inflationär ein bisschen steigt. Die Zinsen, die relativ niedrig waren, die uns einiges gespart haben, wurde mehrmals erwähnt, das Zinsniveau werde steigen, das glaube ich auch, dass das Zinsniveau steigt, das glaubt auch unser Finanzdirektor, das glaubt auch der Finanzstadtrat, deswegen haben wir eine extrem vorsichtige Strategie gewählt. Ein Großteil der Zinsen ist abgesichert, wir sind in langfristigen Fixzinsverträgen drinnen, das heißt, auch wenn sich die Zinsen verdoppeln, verfünffachen oder sonst irgendwas, bleibt ein Großteil unserer Zinsbelastung gleich, das heißt, zirka 80/90 %, der Karl Kamper weiß die genaue Zahl, sind in langfristigen Fixzinsverträgen drinnen. Das heißt, wir sind hier gut abgesichert, sind bereit, heuer mehr zu zahlen, weil wir könnten auch halb so viel

Zinsen zahlen, wenn wir auf kurzfristig gehen würden, nur wir machen das nicht. Wir ziehen einfach die sichere solide Position vor, und dann zu sagen so quasi, das sei ausgereizt und das stimmt einfach nicht, wir sind hier einfach auf der sicheren Seite und das sollten wir schon zur Kenntnis nehmen. Das Letzte, da wurde offensichtlich auf meine Diskussion mit dem Stadtrechnungshofdirektor, dem stellvertretenden, verwiesen, diese Verbuchung der 36 Millionen der Dividende. Ja selbstverständlich haben wir diese Dividende geholt, das ist nicht neu, das haben wir hier beschlossen, sollte kein besonders Aufsehen sein. Etwas erstaunlich, wenn man es ganz genau nimmt, ist schon die Verbuchung gewesen und ich glaube, da haben dann zu viele Leute zugehört, die wurden nämlich nicht im laufenden Saldo verbucht, dort wo man sie hinbuchen hätte können. Der Gerhard Rüschi hätte sich herstellen können und sagen, ich bin so super, ich habe noch 36 Millionen mehr, formal völlig richtig, er hat es aber nicht gemacht, weil er weiß, dass das keine dauerhafte Lösung ist, er hat die Dividende nicht als Gewinnentnahme gebucht, sondern er hat es als Kapitaltransfer gebucht, sonst wäre der laufende Saldo noch einmal um 36 Millionen besser gewesen. Formalrechtlich hätte er das eigentlich müssen und meine Frage an den Stadtrechnungshof war, naja, sollte man nicht formalrechtlich eigentlich nachschauen, inhaltlich bin ich völlig bei der Lösung, die der Gerhard Rüschi vorgeschlagen hat, das geht dauerhaft nicht, das wissen wir alle. Nur formalrechtlich ist eine Dividende ein Gewinn und der wird von einer Marktunternehmung erwirtschaftet, aber er ist der Ehrliche, er hat in dem Fall einfach nicht die Zahlen geschönt, sondern solide und gut dargestellt, und jetzt kommt dann wieder Unsicherheit auch über diese Verbuchung, aber ich glaube, wir sollten das in den zuständigen Ausschüssen im Detail klären, aber das ist wirklich eine sehr solide Entwicklung, wir sparen nachhaltig über die Eckwerte ein, die Beamte wissen das und merken das auch, es wird überall permanent ein wenig runtergezwickelt und geschnitten, das mag nicht erfreulich sein, wir stehen dazu, weil die Budgetkonsolidierung auch Sinn macht und sicherlich mehr Sinn, dauerhaft ein kleinwenig zu zwickeln als irgendwann, wie es das Land oder andere Gebietskörperschaften, dann plötzlich Sozialausgaben streichen. Also ich glaube, das

muss man sehen, wir haben nachhaltig eine Verbesserung des laufenden Saldos, die Grafik war auch beeindruckend, wie jedes Jahr ein klein bisschen weitergeht, es gibt ein paar „Schwachstellen“ unter Führungszeichen dabei, zum Beispiel diese Pensionsüberweisung hört wirklich auf, das ist richtig, diese 33 Millionen fehlen uns in den nächsten Jahren, wir müssen schauen, dass wir es woanders reinkriegen. Aber viele andere Dinge, die genannt wurden, entbehren eigentlich der Grundlage. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Haßler**: Kurz muss ich schon antworten, lieber Gerhard Wohlfahrt. Du hast sicher Recht, es ist kein großer Grund, jetzt sich wegen inflationärer Preissteigerung irgendwo aufzuregen, aber es ist auch kein Grund vorhanden, so großartige Jubelmeldungen hier in diesem Gemeinderat abzugeben, weil du hast es ja selber auch betont und der Rechnungshofbericht bringt es auch klar hervor, es sind schon sehr viele Einmaleffekte noch in diesen Zahlen enthalten. Du hast selber genannt die Pensionszahlungen mit 33,8 Millionen, die Dividenden, die Rücklagenentnahmen, ich denke da an den Kanalbereich, an die Rücklagenentnahmen im Kanalbereich zum Beispiel, wo ich mich erinnern kann an einen Beteiligungsausschuss, wo der zuständige Beamte gesagt hat, dass in ein paar Jahren nicht einmal das Geld vorhanden ist für ihn, um die laufenden Sanierungen so durchzuführen, wie er es gerne machen würde, also da steuern wir schon auf etwas zu, was aus unserer Sicht nicht ok ist. Wir nehmen heute 110 Millionen Euro neue Schulden auf, wir haben im letzten Gemeinderat 27 Millionen an Schulden beschlossen, also 137 Millionen in zwei Monaten, wir haben bald einen Schuldenstand von 1,2 Milliarden Euro und der Rechnungshof hat sehr richtig auch dargestellt, 2,6 Milliarden Euro an Vermögen sind derzeit fiktiv ausgewiesen, wurde vor zwei Jahren um über 330 Millionen exakt Euro erhöht, weil wir die Straßen neu bewertet haben. Man höre her, wir haben die Straßen so bewertet mit dem Wert, den sie wert wären, wenn wir sie neu wiederherstellen würden. Also das ist schon ein sehr weit geholter Ansatz, um 330

Millionen Euro an Mehrwert darzustellen, und der Rechnungshof stellt es auch sehr gut dar, wenn wir unseren Schuldenstand und den Barwert unserer Pensionslasten heranziehen, dann sind wir am Limit, das hat positiv gesprochen, steht es dann ungefähr pari, pari also ich glaube, das ist höchst an der Zeit, da stärker gegenzusteuern, und wenn ich heute gehört habe, dass wir locker in der AOG 25 Millionen verschieben können, ich habe bisher immer gedacht, AOG-Mittel, die 200 Millionen sind fix mit Projekten hinterlegt, weil da war ja auch eine sehr starke Aufteilung, wo einige viel bekommen haben und einige nichts bekommen haben und heute hören wir, dass es Töpfe sind und dass es einfach Mittel gibt, wo manche frei disponieren können und andere nichts haben, so kann es in Zukunft auch nicht sein (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat! Eines ist schon bemerkenswert, Kollege Wohlfahrt, diese Ehrlichkeit, diese Zahlen sind nicht geschönt, stimmen auch, sie sind tatsächlich nicht geschönt, aber sie sind desaströs und darüber können wir nicht hinwegdiskutieren. Diese Budgetzahlen, diese Verschuldung der Stadt Graz ist desaströs. Faktum...

Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt: Kärnten.

GR. **Grosz**: Ja, ok Kärnten, ja Griechenland, wollen wir uns mit Griechenland vergleichen? Wollen wir uns mit Kärnten vergleichen? Wollen Sie sich mit Italien vergleichen? Alles kein Problem, natürlich, es gibt immer schlechtere Beispiele, wir können uns auch im Demokratieverständnis mit Nordkorea vergleichen, ich werde

weltweit immer ein schlechteres Beispiel finden, aber sollten wir jetzt nicht aus Wirtschaftskrise, aus den Auswirkungen gelernt haben, was wir den zukünftigen Generationen auch in dieser Stadt antun? Dass ihre Stadtregierung bestehend aus ÖVP und Grünen die Zukunft nicht der nächsten Generation, sondern bereits der übernächsten Generation verpfändet, eine Milliarde Euro jetzt Schuldenstand, konsolidiert, Stadtrat Rüschi. In den nächsten drei, vier Jahren der Anstieg auf 1,3 Milliarden Euro. Steht ja auch bitte in allen, steht auch in diesem Rechnungshofbericht relativ eindeutig drinnen mit den Investitionen, die geplant sind, schwarz auf weiß und eindeutig. Jetzt haben wir die Situation, dass diese schwarze Schuldenpartei ÖVP in Graz, die seit Jahren Regierungsverantwortung trägt und den Finanzreferenten stellt, es verursacht hat, mit Zustimmung der Grünen als Koalitionspartner, dass wir jetzt eine Pro-Kopf-Verschuldung haben von 3.700 Euro. Sie haben jetzt, jede Grazerin und jeden Grazer, im Übrigen jedes Neugeborene, das den ersten Plärrer nach dem Kaiserschnitt macht, hat 3.700 Euro Schulden dank Ihrer Politik in Graz, die Sie dann über Abgabenerhöhungen und Gebührenerhöhung wieder hereinkassieren wollen, wie in Wien im Übrigen. Wien ist mittlerweile der Weltmeister der Gebühren und Abgaben in Österreich, gratuliere den Grünen auch zu dieser sehr vernünftigen Haltung. Nur weil wir alle glauben, 3.700 Euro, das ist ja nichts, 3.700 Euro klingt ja auch so wenig. 50.000 Schilling. Ich kann mich erinnern, wie ich im Jahr 1992 mich einigermaßen politisch zum Interessieren angefangen habe, lag die sogenannte Umrechnung Gesamtschuldenstand des Staates mit den Einwohnern dieses Landes, auch der Republik Österreich, bei zirka 23.000 Schilling pro Kopf. Die Verschuldung nur des Staates...

Zwischenruf Bgm.-Stvin. Rücker unverständlich.

GR. **Grosz:** Gleich wie Graz, gleich wie das Land Steiermark, wenn wir nämlich in der Steiermark so ehrlich wären, dann würden wir ja die Schulden der Stadt Graz in die Schulden des Landes miteinrechnen. Sie vergleichen das Bundesland Kärnten mit der Stadt Graz, anstatt dass Sie vernunftbegabt, wie ich hoffe, vielleicht mittlerweile zum Zweifeln anfangen, eine Stadt mit einem Land vergleichen, statt dass Sie sie mit Klagenfurt vergleichen, machen Sie doch den Vergleich mit Klagenfurt. Warum vergleichen Sie sich mit einem anderen Bundesland, warum versuchen Sie nicht auf Ihrer Ebene der Landeshauptstädte einen Vergleich zu ziehen und Sie werden sehen, Graz ist die höchstverschuldete Stadt Österreichs nach Wien, das zugleich Land und Bundeshauptstadt ist. Noch einmal, 50.000 Schilling pro Person, 3.700 Euro, der Schuldenstand wächst von einer Milliarde auf 1,3 und in dem Land diskutieren wir über Schuldenbremsen, die schlussendlich bestenfalls zu Rotzbremsen vegetieren werden, wenn wir so weiter tun. Der Finanzstadtrat spricht von einem konsolidierten Schuldenstand und gibt selbst zu, dass er nicht einmal mehr die Maastricht-Kriterien einhalten würde. Sehr geehrte Damen und Herren, die Maastricht-Kriterien waren in Europa die ersten Richtlinien für eine sogenannte Schuldenbremse. Nachdem die einzelnen Staaten, Politiker wie in Graz gesagt haben, ja wir brauchen zuerst eine Richtlinie, dass wir sparen können, weil ohne Richtlinie können wir es nicht, wir brauchen zuerst ein Gesetz, dass man nicht morden dürfen, weil sonst würden wir so gerne morden, der unlautere Vergleich. Da hat man die Maastricht-Kriterien eingeführt, dass man endlich jenen, die es nicht verstehen wollen, sagt, es muss gespart werden, ansonsten sind wir alle Griechenland. Jetzt will man in Österreich eine Schuldenbremse einführen und der Finanzreferent der Stadt sagt heute selbst in einem Zeitungsinterview mit einer Tageszeitung, von so etwas hält er da überhaupt nichts, von einer Schuldenbremse. Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich appelliere an Ihre Vernunft und Ihr Verantwortungsgefühl, dass wir so mit dieser Methode, wie sich die Stadt aufstellt am Höhepunkt einer Schuldenkrise in Österreich, wo die Stadt Ihren Beitrag dazu leistet, gemeinsam alle miteinander an die Wand fahren und da bin ich nicht dabei.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Also wenn der Kollege Grosz spricht, dann kommt wenigstens Stimmung auf, das ist auch ganz gut. Diskussion wird zwar nicht viel besser, aber sie wird vielleicht etwas lebhafter. Ich möchte gerne auf einzelne Argumente eingehen. Zunächst zum Kollegen Hötzl. Wir sollen in Hinkunft nur mehr Investitionen tätigen, die auch Einnahmen bringen. Das kann ich mir nicht vorstellen. Zum Beispiel bei Schulen, wie sollen wir bei Schulen zusätzliche Einnahmen erzielen? Aus meiner Sicht, wenn das der Fall ist, dann geben wir unsere politische Aufgabe auf, die Stadt ist ja angehalten, zur Daseinsfolge Leistungen anzubieten, die im Markt nicht angeboten werden und wenn im Markt, dann zu Preisen, die politisch nicht akzeptabel sind. Das heißt, wenn Sie das wirklich gemeint haben, das glaube ich aber nicht so, es gibt natürlich Einrichtungen, bei denen man sich genau die Folgekosten, auch die Einnahmen überlegen muss, aber sollten Sie das tatsächlich so gemeint haben, dann denke ich, sollten wir ein Gespräch führen, das kann ich mir nicht vorstellen, weil es die Preisgabe einfach der öffentlichen Aufgaben ist. Zu den Pensionsrücklagen, die immer wieder genannt werden und zu den 36 Millionen Euro. Ich bin dem Kollegen Wohlfahrt sehr dankbar, dass er das aufgezeigt hat, dass es in der laufenden Gebarung gar nicht drinnen ist, sondern dass eben die laufende Gebarung damit gar nichts zu tun hat. Ich darf Sie aber alle beruhigen, ich nehme an, einige von Ihnen werden auch das Budget 2011 kennen. Haben Sie dort die 36 Millionen Euro gefunden von der Holding? Kurze Antwort, nein. Wir brauchen sie nicht mehr diese 36 Millionen, schon für das Jahr 2011 nicht mehr, und wir haben sie aus diesem Grund im Jahr 2011 auch nicht mehr budgetiert. Immobilienpaket, und vielleicht darf ich Maastricht hinwegnehmen. Zunächst einmal ist das heute in der Zeitung nicht so dargestellt, wie der Kollege Grosz das sagt, sondern ich habe darauf hingewiesen, dass aus meiner Sicht eine Schuldenbremse, oder ich sage es jetzt positiv, dass eine starke Politik keine Schuldenbremse braucht. Ich halte sie trotzdem für gescheit und sie kann auch durchaus gemacht werden, aber eines muss uns klar sein, und das wird allen Gebietskörperschaften klar sein, einfach in die Verfassung hineinzuschreiben, wir dürfen nur mehr soundsoviel Schulden machen und sich dann zurücklehnen und die Hände falten, das wird es nicht sein, sondern man muss was

tun, und wir tun was seit 2008 (*Applaus ÖVP und Grüne*), wir tun sehr viel. Und ich darf das noch einmal wiederholen, damit es ganz klar ist, das Land hat eine Schuldenbremse vereinbart, drei Prozent pro Jahr gemessen an den Gesamtausgaben darf die Neuverschuldung sein. Das wäre bei einer Milliarde zirka Schuldenstand insgesamt für die Stadt Graz wären das zirka 30 bis 33 Millionen Neuverschuldung. Wir haben im Jahr 2010 acht Millionen Euro Neuverschuldung. Jetzt darf ich was zu Maastricht sagen, nachdem das als sozusagen die Budgetrettung genannt wird. Die Immobilienpakete, die wir beschließen, bringen in unserer Budgetdarstellung relativ wenig, eigentlich gar nichts, um es einmal so zu sagen. Denn, wir weisen ja seit vielen, vielen Jahren die Verschuldung konsolidiert aus, das heißt, für unseren Schuldenstand ist es völlig egal, ob die GBG Schulden aufnimmt, um von uns Immobilien kaufen zu können oder ob wir Schulden aufnehmen, bleibt immer dargestellt, ist Teil der Gesamtverschuldung, davon profitieren wir gar nichts. Zweites Argument, die Einnahmen aus den Immobilienverkäufen sind ebenfalls nicht in der laufenden Gebarung. Das heißt, das Ergebnis, dass wir seit 2010 ausgeglichen sind, hat mit dem Verkauf von Immobilienpaketen nichts zu tun, wir verschönern damit nicht die laufende Gebarung. Jetzt kommt die Frage, wieso tun wir es denn. Ja wir tun aus es aus einem Grund, wir verbessern unser Maastricht-Ergebnis, weil das Maastricht-Kriterium aus meiner Sicht so unvernünftig ist, dass es immer noch eine Immobilientransaktion vom Magistrat zu einer eigenen Gesellschaft als defizitreduzierend annimmt. Das ist aus meiner Sicht völlig unverständlich, es gibt Ansätze, das zu ändern und wir sind sehr überzeugt und auch positiv gestimmt, dass in einigen Jahren selbstverständlich im Maastricht-Kriterium alle Schulden einer Stadt, eines Landes, eines Bundes mitgerechnet werden müssen, um dann tatsächlich das Ergebnis zu ermitteln und eines darf ich auch sagen: Ich denke, es gibt in Wahrheit, soll bitte jetzt nicht irgendwie überheblich klingen, in Wahrheit gibt es nur die konsolidierte Betrachtungsweise, die von der Finanzdirektion entwickelt wurde, wir politisch tragen und damit ein klares Bild über die Finanzen der Stadt haben. Dann habe ich mir noch aufgeschrieben, das „Vergolden von Familiensilber“ vom Herrn Hötzl, also wenn wir Familiensilber vergolden habe ich an und für sich nichts

dagegen, ich gehe davon aus, dass Gold mehr wert ist als Silber und ich hoffe, dass uns das auch immer gelingt. Ich möchte gerne noch den Rechnungshof in einem Zusammenhang zitieren, weil ich finde, weil er das sehr schön und sehr klar dargestellt hat. Sie tun ja immer so, oder einige von Ihnen tun immer so, die Einnahmen steigen zwar, aber bei den Ausgaben keine Disziplin, es wird einfach viel zu viel ausgegeben. Der Rechnungshof kommentiert die Ausgabenseite im Jahr 2010, ich zitiere wörtlich: „Auf der Ausgabenseite wurde im Jahr 2010 in der laufenden Gebarung sowie in der Vermögensgebarung bezogen auf den Voranschlag Disziplin geübt.“ Das heißt, etwas wozu Sie ja auch Ihren Beitrag leisten und wozu alle Abteilungen einen Beitrag leisten, wir sind im Budgetvollzug sehr diszipliniert und nähern uns immer sehr an die Zahlen an, im Gegenteil, wir haben meistens sogar Überschüsse, das sind dann die Sparbuchstände, die wir für die folgenden Jahre verwenden können. Ich habe eigentlich an und für sich die wichtigsten, nur ein wichtiges Argument möchte ich schon noch bringen, und zwar immer der Hinweis die Höhe der Schulden. Ich habe schon zwei Kriterien genannt, erstens einmal, und ich darf es noch einmal wiederholen, weil mir das wirklich sehr wichtig ist, hierher zu stellen und sagen, jede Grazerin und jeder Grazer ist mit 3.700 Euro verschuldet ist einfach dermaßen einseitig und verzerrend, dass es ein völlig falsches Bild gibt.

Zwischenruf GR. Grosz: Aber es stimmt.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Es stimmt, nur diese 3.700 Euro stecken nicht in irgendeinem Erdloch drinnen, sondern dafür haben die Kinder Schulen, sie haben Kindergärten, sie können mit der Straßenbahn in der Stadt fahren, wenn sie ein kulturelles Interesse haben, dann können sie in das Kunsthaus gehen, sie können die Freibäder benutzen, das alles wird mit diesem Geld gemacht.

Zwischenruf GR. Grosz: Dafür zahlen sie Gebühren und Abgaben.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Und darüber kann man sehr genau diskutieren, ob es das wert ist. Ich gehe davon aus und die Koalitionsregierung geht davon aus, dass es das selbstverständlich wert ist. Im Übrigen, lieber Gerald Grosz, im Nationalrat, in dem du drinnen sitzt, ist die Pro-Kopf-Verschuldung für die Österreicher nicht 3.700, sondern 25.000 Euro.

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Erstens war das nicht dein Argument, sondern um das geht es hier nicht, es geht um die Relation, wir müssen endlich einmal aufhören zu sagen, wir haben eine Milliarde, wir versinken irgendwo, sondern ich kann es nur noch einmal sagen, es wurde sehr viel geleistet für diese Milliarde Verschuldung, die wir aufgenommen haben und ich bin auch der festen Überzeugung, dass es für die Entwicklung der Stadt Graz wichtig war. Ich möchte mich am Ende ebenfalls bedanken, ich möchte mich bedanken beim Kontrollausschuss, ich möchte mich bedanken beim Rechnungshof, an der Spitze von Herrn Dr. Stöckl, für die Arbeit und ich darf mich selbstverständlich auch bei der Finanzdirektion bedanken, letztlich aber auch bei allen Abteilungen, die eben mitgearbeitet haben, dass wir dieses gute Ergebnis erzielen konnten und ich bitte Sie, wie gesagt, um Annahme des Stückes (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Der Tagesordnungspunkt 9) wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Tagesordnungspunkt NT 32) wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Mag^a Pavlovec-Meixner

11) A 15/10338/2011

Verein „Club International“
Projektgenehmigung 2011-2014

GRin. Mag^a **Pavlovec Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Lisa, liebe Gäste! In diesem Stück geht es um den Club International, der Teil der Wirtschaftsstrategie der Stadt Graz ist, die im März 2011 beschlossen wurde. Im Zentrum des Club International stehen Fach- und Schlüsselarbeitskräfte mit großem Know-how, die in Graz in Zukunft, weil es auch für den Wirtschaftsstandort sehr wichtig ist, ein besonders Angebot erhalten sollen, und zwar schon bevor sie nach Graz kommen, mit bestimmten Infos versorgt werden sollen und in Graz dann auch sehr gut betreut werden sollen. Zum Beispiel mit Dolmetschservice, Wohnservice, Schulservice, Behördenservice, Zugang zu verschiedenen Netzwerken, Veranstaltungsinformationen und verschiedenen weiteren Anregungen zur Freizeitgestaltung. Im Vorfeld zu diesem Gemeinderatsstück hat es auch die Bitte an den MigrantInnenbeirat gegeben um eine Stellungnahme, die zuerst nicht positiv ausgefallen ist und zwar deshalb, weil es auch von uns, also von den Grünen, bereits einige Initiativen gegeben hat für migrantische UnternehmerInnen und der Eindruck entstanden ist, dass dieser Club International, wo es um MitarbeiterInnen großer Unternehmen geht, nicht gleich behandelt wird, dass es hier nicht die gleiche Ausgewogenheit gibt wie bei migrantischen UnternehmerInnen. Es wurde dann seitens der Abteilung im Gemeinderatsstück eine Passage ergänzt und zwar lautet die jetzt:

Begleitend zur Wirtschaftsstrategie wird das MigrantInnen Thema im Sinne der Vereinbarung des Koalitionsvertrages weiterverfolgt. Dazu ist von der Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung im Jahr 2012 geplant, die Unterstützungsmöglichkeit des Urban+-Programms zu nutzen. Weiters hat die Wirtschaftsabteilung auch konkrete Projekte für 2012 den Ausschussmitgliedern mitgeteilt. Unter anderem geht es um eine Umfrage, die gemeinsam mit dem MigrantInnenbeirat und mit dem Integrationsreferat konzipiert wird. Es geht um die mehrsprachige Neuauflage der GründerInnenbroschüre und es geht unter anderem darum, dass im Aktionsfeld 10 statt Umlandkooperation Urban+ dem MigrantInnen Thema mehr Bedeutung eingeräumt wird.

Aufgrund dieser Änderungen hat der MigrantInnenbeirat dann eine positive Stellungnahme zum Club International abgegeben und wir werden natürlich das sehr genau beobachten, ob eben die jetzt noch nicht so vorrangig betreuten migrantischen UnternehmerInnen die gleiche Aufmerksamkeit und Unterstützung und Förderung erhalten werden im Jahr 2012. Und daher stelle ich jetzt den Antrag zum Club International, der Gemeinderat wolle beschließen. Der Motivenbericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Mittel für das Jahr 2011 in der Höhe von 30.000 Euro stellen Startfinanzierung für den Club International dar und dienen zur Abdeckung der Anlaufkosten. Diese Mittel finden in der Finanzposition 1.70000.757200 „laufende Transfers an private Institutionen“ ihre Bedeckung und werden bis spätestens 15. Dezember 2011 auf das Vereinskonto überwiesen. Der Club International hat der Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung jährlich über die Gebarung entsprechend der vereinsrechtlichen Vorschriften einen Prüfbericht zu übermitteln sowie über die Tätigkeit einen Bericht zu legen. Sollte dieser Bericht nicht gelegt werden oder die Mittel zweckentfremdet verwendet werden, besteht seitens der Stadt ein Rückforderungsrecht. Ich bitte um Annahme (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1) Der Motivenbericht wird zustimmende zur Kenntnis genommen.
- 2) Die Mittel für das Jahr 2011 in der Höhe von € 30.000,- stellen die Startfinanzierung für den „Club International“ dar und dienen zur Abdeckung der Anlaufkosten. Diese Mittel finden in der Fipos 1.70000.757200 „Lfd. Transfers an private Institutionen“ ihre Bedeckung und werden bis spätestens 15.12.2011 auf das Vereinskonto überwiesen.
- 3) Der „Club International“ hat der Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung jährlich über die Gebarung entsprechend der vereinsrechtlichen Vorschriften einen Prüfbericht zu übermitteln sowie über die Tätigkeit einen Bericht zu legen.
- 4) Sollte dieser Bericht nicht gelegt werden oder die Mittel zweckentfremdet verwendet werden, besteht seitens der Stadt ein Rückforderungsrecht.

GR. **Martiner:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SPÖ-Klub, die SPÖ-Mandatäre lehnen das Stück Club International ab mit folgenden Begründungen: Die Kollegin hat ja schon bei der Berichterstattung ausgeführt, natürlich auch der MigrantInnenbeirat hat kritisch geäußert, dass diese Einrichtung nur für ein besonderes Klientel herrscht und kommen sollte, wo Menschen nach Österreich kommen, und grundsätzlich wir auch wollen, dass Know-how-Träger im internationalen Unternehmen bei uns ihre Tätigkeit aufnehmen und auch ihr Wissen in Österreich hier für unsere Produkte und Wertschöpfung hier bringen, jedoch die Schlüsselarbeitskräfte bekommen hier jetzt eine besondere Betreuung und tausende Menschen, die auch hier arbeitssuchend noch sind, nicht diese Betreuung bekommen. Der Migrantenausschuss hat letztendlich auch durch Einfügung des Textes beim Motivenbericht dann noch seine Zustimmung gegeben.

Wir haben auch im Ausschuss diskutiert, wir wollten natürlich auch beziehungsweise haben wir kritisiert und hinterfragt, warum es ausgelagert werden muss. Allein das Serviceportfolio, was angeboten wird in diesem Motivenbericht, könnte natürlich auch Diskussionen auslösen, denn Schlüsselarbeitskräfte, fundamentierte, qualifizierte Know-how-Träger, die von der ganzen Welt nach Österreich kommen, bekommen einen Event-Service und dann noch ein Service in der Kommunikation, was der günstige Mobilanbieter in Österreich ist etc., ok, man kann natürlich hier in Papier viel fassen, aber wir sind auch überzeugt, dass wir gute Ämter haben und wenn Wohnservice angesprochen wird, wir haben ein Wohnungsamt, Gesundheitsservice, wir haben ein Gesundheitsamt, Schulservice, wir haben ein Schulamt, Kulturservice, wir haben ein Kulturamt, also viele Dinge sind einfach in unserer Stadt Graz in Ämtern schon dementsprechend gut situiert und ich glaube, dass diese Aufgaben konzentriert auch möglich wären, über die Stadt Graz abzuwickeln und das in einen Verein zu verlagern für ein besonders Klientel, die einen fixen Job haben, die nach Österreich kommen, über Monate, Wochen Rekrutierungsarbeit leisten mit den großen Unternehmen, wo im Vorfeld schon einiges vereinbart wird und dann hoffentlich nicht wir schon eine Serviceangebote, eine Betreuung nach Amerika schicken, dass er da schon aufgeklärt wird, wie er sich in Graz verhalten muss und dann noch tagtäglich hier eine Betreuung bekommt, weil er dementsprechendes Service benötigt. Ein All-inklusive-Paket für ein besonderes Klientel und deswegen haben wir uns entschlossen, nicht weil wir keine Schlüsselarbeitskräfte in Österreich wollen, die wollen wir auch, aber damit haben wir uns entschlossen, diesem Stück nicht zuzustimmen, denn auch in einen Verein diese Serviceleistungen auszulagern ist für uns nicht sinnvoll. Dass die Wirtschaftskammer und natürlich die Industriellenvereinigung großes Interesse hat daran, hier so etwas anbieten zu können zusätzlich, das aus den Unternehmen, aus den Humanressourcen herauszubringen, dass die Unternehmen sich mit diesen Aufgaben nicht betreuen müssen, das ist aus meiner Sicht schon klar. Und wenn im Ausschuss auch gekommen ist, dass der Entschluss, so eine Serviceeinrichtung nicht zu haben, dann letztendlich standortgefährdend ist, meine Damen und Herren, liebe

Kolleginnen und Kollegen, das glaube ich, wird es letztendlich nicht sein, dass eine Standortentscheidung eines Unternehmens, von großen internationaler Unternehmen reden wir hier, wir reden ja nicht von einem Dorfschmied, dass ein Unternehmen deswegen hier dann die Standortfrage dementsprechend in den Raum stellt und sagt, wenn diese Serviceeinrichtung nicht ausgelagert in einen Verein oder nicht angeboten wird, deswegen wir unseren Standortfrage hinterfragen werden. In diesem Sinne können wir aus der SPÖ diesem Stück nicht zustimmen und eine Ablehnung erteilen. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Ja, wir Freiheitlichen stimmen dieser Initiative natürlich sehr, sehr gerne zu, weil es in Wirklichkeit ein völlig richtiger Zugang zum Thema Zuwanderung allgemein auch ist. Arbeitskräfte, die bei uns kurzfristig nicht gedeckt werden können, sollen ja, müssen in Wirklichkeit sogar von ausländischen Fachkräften abgedeckt werden. Und dafür um relativ wenig Geld Rahmenbedingungen zu schaffen, wie sie im Stück auch drinnen stehen, das ist sinnvoll, das ist auf jeden Fall sinnvoll. Was weniger sinnvoll ist, ist natürlich diese Passage, die da nachträglich noch eingetragen worden ist, die das Ganze verwässert, aber gut, das ändert am Charakter des Stücks ja Gott sei Dank wenig. Aber was in Richtung SPÖ zu sagen ist und auch in Richtung KPÖ, die ja im Ausschuss bereits dieses Stück abgelehnt hat, da wird wieder einmal ganz klar gezeigt, welche Art von Zuwanderung sie wollen. Nämlich eine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme, die uns mehr kostet als sie bringt (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), Ihnen sind anscheinend bildungsferne Ostanatolier lieber als internationale Spitzenmanager, das ist so auch hinzunehmen (*Applaus FPÖ*), aber nicht unser Zugang. Und Industriellenvereinigung und auch die Wirtschaftsabteilung liegt aus unserer Sicht hier am völlig richtigen Weg, hier wird im Grunde eine Philosophie auch verfolgt, wie sie Australien und Kanada seit Jahren erfolgreich auch praktizieren und wir Freiheitliche hoffen, dass dieser Ansatz, nämlich qualifizierte Zuwanderung nach

Bedarf, auch allgemein Platz greift (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Massenzuwanderung, wie von Rot und Kommunistisch und anscheinend auch vom BZÖ gewollt, die eben auch leider nicht durch die Rot-Weiß-Rot-Karte beseitigt wird, wird die Situation, die schwierige Situation in Graz mit Sicherheit nicht verbessern. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist fürwahr ein wichtiges Stück und das Stück ist noch wichtiger geworden mit dem Zeitpunkt, als wir erkennen mussten spätestens (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) im Ausschuss...

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Kann ich ein bisschen um mehr Aufmerksamkeit bitten, wir sind noch nicht einmal so weit fortgeschritten in der Gemeinderatssitzung, aber es ist hier herinnen sehr, sehr laut und es ist nicht förderlich für die Konzentration, vor allem für die Vortragenden.

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: ...spätestens im Ausschuss, das hier bei einer Maßnahme, die für die Stadt Graz von mehrfacher Bedeutung ist, plötzlich das zur Bedienung, ich sage es hier, klassenkämpferischer Reflexe verwendet wurde. Denn es ist einfach unwürdig und gerade auch den Migrantinnen und Migranten gegenüber Gruppen gegeneinander....

Zwischenruf GRin. Mag^a Bauer unverständlich.

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Ja, Susi Bauer, damit habe ich auch dich gemeint. Es ist einfach unwürdig, hier solche Reflexe zu bedienen, ich sage es jetzt, billiger Art und Weise (*Applaus ÖVP*). Es gibt sehr unterschiedliche Herangehensweisen, aber die, die du gewählt hast, billige ich aus meiner Sicht und meine Fraktion auch nicht. Wir stehen vollkommen hinter dem Stück, ich sage jetzt einmal, weil die Interessen der Stadt Graz hier das dringend erfordern. Wir brauchen Schlüsselarbeitskräfte, wir ringen immer um jedes einzelne Headquarter, das wir hier haben, wir haben Leitbetriebe und der GR. Martiner hat das ja auch sehr gut und differenzierend auf den Punkt gebracht, auch wenn er trotzdem dagegen gestimmt hat, aber Susi, er hat wenigstens im Gegensatz zu dir genau gesagt, was ihn stört und nicht, wie gesagt, diese Reflexe bedient. Wir brauchen, wenn wir als Wirtschaftsstandort, und wir sind ein beachtlicher in der Steiermark, sage ich jetzt, nicht nur no na, sondern das kommt nicht von selber, wir haben 170.000 unselbständig Tätige hier in Graz von rund 450.000 Arbeitsnehmern in der Steiermark. Wir bieten auch für die übrige Steiermark diese Funktionen einer Landeshauptstadt und daher haben wir das sehr ernst zu nehmen und vor allem eben im Interesse aller 170.000 ArbeitnehmerInnen, wir können uns da nicht spielen und auch nicht eine Gruppe gegen die andere ausspielen. Das hat mir sehr weh getan, dass es möglich war und ich sage das auch hier, auch der MigrantInnenbeirat wurde aus meiner Sicht von einigen von Ihnen hier missbraucht. Wir haben mit dem Herrn Shadman sehr offen gesprochen und ich war direkt froh, dass er auch während unserer Beratungen im Ausschuss anwesend war, was nicht unbedingt üblich ist. Ich war aber froh, weil er sich selbst ein Bild machen konnte von den einzelnen Motivationen, die entwürdigend waren. Wenn der Wirtschaftsstandort Graz weiterkommen will, wir sind auf einem sehr guten Niveau, dann brauchen wir auch etwas wie politische Standortqualität, und die Mehrheit des Gemeinderates stimmt mich zuversichtlich, dass wir die auch haben, das an die Adresse jener, die,

wie gesagt, billige Reflexe hier bedienen wollten (*Applaus ÖVP*). Wir tun auch so wie in der Vergangenheit in Hinkunft für alle Gruppen, die es brauchen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), was für Integration und Migrationsförderung notwendig ist, das ist unser Bekenntnis, daher stimmen wir dem Stück natürlich vollinhaltlich zu. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel**: Für das Protokoll. Ich ziehe diese Behauptung zurück, dass ich behauptet habe, im Ausschuss hätte die KPÖ gegen dieses Stück gestimmt, das ist natürlich falsch und es freut mich auch, dass ich das BZÖ überzeugt habe vorher, weil vorher hat es noch anders geklungen, wie wir beide geredet haben. Aber es freut mich, dass ihr jetzt auch zustimmt, hat meine Rede also Wirkung gezeigt vorher, danke dir.

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat! 11.11., 11.11 Uhr, lei lei, Kollege Klubobmann Sippel. Mir ist schon klar, dass du vielleicht hin und wieder ein wenig vernunft- und sinnentleerte Kommentare hier am Rednerpult abgibst, aber dann können wir es ja korrigieren. Erstens, die KPÖ hat dem Stück zugestimmt, zweitens das BZÖ stimmt dem Stück auch zu, drittens, ich halte das Stück als Förderung in den Wirtschaftsstandort für äußerst relevant. Viertens, ich habe mich an einem Satz in diesem Stück, einen Satz hinterfragt und zwar, dass wir nicht mit dem Stück dann das Bekenntnis der grün/schwarzen Koalition zur Migrationspolitik in dieser Stadt mitunterstützen, das tue ich nämlich nicht. Ich glaube, dass der Beschlusstext einwandfrei ist, auch das Projekt, hingegen die Präambel, der kann ich nicht zustimmen, die brauche ich aber auch nicht abstimmen und daher das BZÖ nach der sinnentleerten Rede des Herrn Kollegen Sippel nach wie vor gegen Massenzuwanderung auftritt und nicht nach dem politischen Urteil des Herrn Sippel

seine Integrations- oder Migrationspolitik von Rede zu Rede der FPÖ ändern wird (*Applaus BZÖ*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Schönberger

16) A 13 – 19810/2010/124
A 8 – 46340/2010-2

ASKÖ-Center NEU; Abtragung der A-Halle
samt nicht überdachter Tribüne,
Errichtung einer zeitgemäßen Halle mit
Erweiterung um den Bereich eines
Bewegungszentrums

- Projektgenehmigung und
haushaltsplanmäßige Vorsorge über
€ 4.000.000,00 in der AOG 2011
- Baubeschluss

GR. Mag. **Schönberger**: Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe wieder ein sehr positives Stück für den Grazer Sport zu berichten und zwar für den Sportausschuss und für den Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss. Es geht hier um die Neuerrichtung ASKÖ-Center, Abtragung der A-Halle samt nicht überdachter Tribüne (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), Errichtung einer zeitgemäßen Halle mit Erweiterung um den Bereich eines Bewegungszentrums. Es geht hier um die Projektgenehmigung und den Baubeschluss. Kurz zur Einführung. Die Mitte der 70er-Jahre mit öffentlichen Zuschüssen errichtete Halle des ASKÖ-Centers ist zum Teil in einem so desolaten Zustand, dass eintretendes Regenwasser durch das Dach einer Sporthalle mit Eimern aufgefangen werden muss. Zusätzlich sind die erforderlichen Sicherheitsabstände nicht in der Halle gegeben und die meisterschaftstaugliche Mindesthöhe von neun Metern ist ebenfalls nicht gegeben. Ich komme hier jetzt zu den Gesamtkosten, die sich auf 9.284.435 Euro belaufen. Seitens der Stadt Graz soll die Projektbeteiligung von vier Millionen Euro zugesagt

werden ebenso eine Million von ASKÖ, und Land Steiermark soll vier Millionen Euro tragen. Es wird daher der Antrag an den Gemeinderat gestellt, der Gemeinderat möge beschließen: Den Motivenbericht zur Kenntnis zu nehmen. Zweitens, der Anteil der Stadt Graz von vier Millionen Euro soll beschlossen werden unter der Berücksichtigung der endgültig schriftlichen Förderzusage des Landes Steiermark von 4 Millionen, ebenso die schriftliche Zusage der ASKÖ von einer Million Euro, drittens, die AOG des Voranschlages 2011 wird die neue Finanzposition von 4 Millionen Euro geschaffen. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses und des Ausschusses für Kinder, Jugendliche, Familie und Sport den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der vorliegende Motivenbericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Anteil der Stadt Graz für das Projekt ASKÖ-Center – neu soll unter nachfolgenden Bedingungen mit einem nach oben gedeckelten Gesamtkostenrahmen von € 4.000.000,00 brutto beschlossen werden:
 - a. Endgültige schriftliche Förderungszusage des Landes Steiermark über € 4.000.000,00.
 - b. Endgültige verbindliche schriftliche Zusage der ASKÖ, Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur in Österreich, Generalsekretariat, 1233 Wien, Steingasse 12, über eine Eigenmittelbereitstellung von zumindest € 1.000.000,00. Die Ausfinanzierung des Vorhabens geht zu Lasten der ASKÖ.
 - c. Abschluss einer Fördervereinbarung über € 3.680.000,00
zuzüglich Sondergesellschafterzuschuss an GBG € 320.000,00
zusammen brutto € 4.000.000,00
Der Beitrag der Stadt Graz versteht sich als nach oben gedeckelt und verringert sich bei einer Reduktion der Baukosten aliquot.
 - d. Abschluss des Unterbestandsvertrages zwischen der Stadt Graz und ASKÖ, Landesverband Steiermark.
3. In der AOG des Voranschlages 2011 wird die neue Fipos

5.26900.775000	„Kap. Transferzahlungen an Unternehmungen, ASKÖ“ (Anordnungsbefugnis: A 13) mit	€ 4.000,000.00
	geschaffen und zur Bedeckung die Fipos	
6.26900.346000	„Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“	
	um denselben Betrag erhöht.	

GR. **Martiner:** Werte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ein wirklich erfreuliches Stück, noch eine neue zusätzliche erneuerte Sporthalle für die Grazerinnen und Grazer zu bekommen, vor allem im Westen, in Eggenberg. Ich glaube, gerade das ASKÖ-Stadion ist ja schon viele Jahre in die Jahre gekommen und es war notwendig, hier das Geld in die Hand zu nehmen und dann 2013 auch im Herbst dann eine schöne, gute neue Halle für alle Sportlerinnen und Sportler hier wiederzufinden. Ich bin natürlich auch stolz, dass das Land unter dem verantwortlichen Landeshauptmann Franz Voves auch als Sport Zuständiger eben auch diese Mittel zur Verfügung stellt und er eigentlich das Thema auch getrieben hat, dass auch ein ASKÖ-Stadion in der Stadt Graz gemeinsam natürlich mit unserem Stadtrat Eisel-Eiselsberg und natürlich aus Eigenmitteln der ASKÖ mit 9 Millionen Euro ein so ein schöner neuer Bau, eine schöne Sportstätte für unsere Grazer und Grazerinnen realisierbar wird. Wir werden natürlich diesem Stück zustimmen (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Ich meine, es ist heute so oft vom 11.11. die Rede und irgendwie habe ich das Gefühl, der 11.11. ist noch nicht abgeschlossen, obwohl wir längst am 17.11. sind. Da herinnen ist eine Lautstärke, die ist unerträglich. Zuerst wird

geschimpft über Schuldenmachen usw., dann ist ein Stück da, wo es um vier Millionen Euro geht und die Aufmerksamkeit ist nicht da. Es ist nicht ganz ernst zu nehmen, wenn auf der einen Seite geschimpft wird über die Finanzgebarung der Stadt Graz und bei solchen Stücken dann eigentlich dem nicht die gemessene Aufmerksamkeit zugeordnet wird. Ich möchte bitten darum für alle da herinnen, die da herinnen aufmerksam arbeiten wollen, dass die anderen, die es nicht wollen, entweder rausgehen oder sich zurückhalten. Danke.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Topf

23) A 14-008065/2011-696

Antrag an das Land Steiermark auf
Novellierung des § 30 Abs. 1 Z 4
Steiermärkisches Raumordnungsgesetz
2010

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Hier geht es tatsächlich um ein wichtiges Stück für die Stadt Graz, nämlich in Reparatur, wenn ich das so anführen darf, des Raumordnungsgesetzes 2010. Der Gesetzgeber hat im Paragraph 30 Abs. 1 Ziffer 4 Steiermärkisches Raumordnungsgesetz, dieser Paragraph behandelt die Gewerbegebiete, festgelegt, dass in diesen Gebieten die Errichtung und Nutzung von Gebäuden oder Teilen von Gebäuden für verschiedene Zwecke durchaus hier es möglich ist, aber es keine Möglichkeit gibt, im Gewerbegebiet kleine Lebensmittelmärkte zum Beispiel als Nahversorger hier anzusiedeln. Das ist ein wesentlicher Nachteil für die Stadt Graz, für die kleineren Gemeinden möglicherweise ist dieser Paragraph durchaus zutreffend, aber für die Stadt Graz ist dieser Paragraph wirklich praxisfern und führt dazu, dass wir bereits in der Bearbeitung des

Stadtentwicklungskonzeptes 4.0, auch des Flächenwidmungsplanes, größere Schwierigkeiten haben. Ich begründe das folgendermaßen. Zahlreiche sehr gut geeignete Standorte für Handelsbetriebe sind nunmehr nicht konsumierbar, weil in stark verkehrsfrequentierten Lagen eine Ausweisung eines allgemeinen Wohngebietes, wo diese Handelsbetriebe eben möglich wären und nicht im Gewerbegebiet aufgrund der Immissionen weder sinnvoll noch wünschenswert sind. Das haben wir übrigens gegenüber dem Ursprungstext ausgebessert, deswegen referiere ich das auch, auf der Seite 2 wurde an „nicht möglich ist“ ausgetauscht durch die Wortwahl „weder wünschenswert noch sinnvoll ist“, bitte das zu vermerken. Die großen Lebensmittelhandelsketten, die ja zu den wichtigen Nahversorgern in der Stadt Graz geworden sind, so wie weitere Handelsbetriebe, deren Verkaufsflächen durchaus unter 800 m², das betone ich durchaus, damit wir nicht in die Größenordnung eines großen Einkaufszentrums kommen, liegen, stoßen durch diese geltenden Bestimmungen des § 30 Abs. 1 Ziffer 4 des derzeit gültigen Raumordnungsgesetzes an die Grenzen ihrer Standortentwicklung. Es ist daher sinnvoll, an hochfrequentierten Straßen, wo eine Ausweisung des allgemeinen Wohngebietes nicht möglich ist, aufgrund der Emissionen solche Betriebe anzusiedeln, damit eben der Verkehr zu diesen Betrieben nicht durch ein Wohngebiet führen muss, deshalb wollen wir im Petitionswege an den Landesgesetzgeber herantreten. Es wird daher ersucht, die Stadt Graz dahingehend zu unterstützen im Petitionswege, dass möglichst rasch ein Vorschlag für eine Novelle der Bestimmung des Gewerbegebietes erarbeitet und dem Landtag vorgelegt wird. Der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellt daher den Antrag, mit dieser kleinen Ergänzung, die wir heute nachträglich vereinbart haben, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen: Der Antrag auf Novellierung des § 30 Abs. 1 Ziffer 4 Steiermärkisches Raumordnungsgesetz 2010 wird an das Land Steiermark weitergeleitet und der zuständige Landesrat ersucht, die rasche Umsetzung des Novellierungsvorschlages in die Wege zu leiten. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Stück (*Applaus ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

- 1.) Der Antrag auf Novellierung des § 30 Abs. 1 Z 4 Steiermärkisches Raumordnungsgesetz 2010 wird an das Land Steiermark weitergeleitet und der zuständige Landesrat ersucht, die rasche Umsetzung des Novellierungsvorschlages in die Wege zu leiten.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Frölich

NT 27) A 8 – 6485/2007-12
A 8/4-4649/2002-547

Liegenschaftspaket X Stadt Graz – GBG
Gebäude- und Baumanagement Graz
GmbH

1. Genehmigung des Kaufvertrages
2. Stimmrechtsermächtigung für eine a.o. Generalsanierung gem. § 87 Abs. 2 des Statutes für den Eigentümerversorger der Stadt Graz in der Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH
3. Garantierklärung für eine Finanzmittelaufnahme der GBG durch die Stadt Graz
4. Genehmigung für die Rückanmietung von veräußerten Liegenschaften

GR. Mag. **Frölich**: Ist heute schon angesprochen worden, es geht um das Liegenschaftspaket X, die Systematik des Stückes folgt den Ihnen allen schon bekannten Liegenschaftspaketen I bis IX, das heißt, es geht um die Genehmigung eines Kaufvertrages, um die Stimmrechtsermächtigung in der Generalversammlung für den Eigentümer der Stadt, um eine Garantierklärung, die die Stadt abzugeben

hat für die Finanzmittelaufnahme der GBG und um die Genehmigung für die Rückanmietung von veräußerten Liegenschaften. Ausgangssituation ist die, dass ja bisher um zirka 390 Millionen Euro Liegenschaftspakete abgewickelt wurden, dieses Liegenschaftspaket hat einen gutachterlich festgestellten Wert von 5.108.705 Euro, das ist der Wert der Liegenschaften beziehungsweise der Baurechte. Es werden nicht nur Liegenschaften verkauft, sondern auch Baurechtliegenschaften werden an die GBG übertragen. Wie gesagt, die Systematik ist die, wie in den anderen Liegenschaftspaketen auch. Ich darf daher den Antrag stellen namens des Finanz- und Liegenschaftsausschusses, dass erstens gemäß § 45 des Statutes der Landeshauptstadt mit der erforderlichen erhöhten Mehrheit der Verkauf der in der Anlage A angeführten Liegenschaften in der Höhe von 5.108.705 Euro gemäß den in der Anlage B angeführten wesentlichen Bedingungen zum Kaufvertrag von der Stadt Graz an die GBG genehmigt wird. Zweitens, dass gemäß des Statutes der Landeshauptstadt Graz dem Eigentümerversorger der Stadt in der GBG, Herrn Stadtrat Rüscher, die Zustimmung für den Umlaufbeschluss beziehungsweise die Zustimmung in einer außerordentlichen Generalversammlung erteilt wird, die Zustimmung zum gegenständlichen Immobilienkauf zum erwähnten Kaufpreis, die Zustimmung zur Fremdmittelaufnahme in der Höhe von 5.108.705 Euro zur Refinanzierung dieses Immobilienkaufs, die Zustimmung zur Übernahme der Baurechte von der Stadt Graz durch die GBG, weiters die Zustimmung zum Abschluss der erforderlichen Mietverträge. Drittens, die Stadt wird für die durch die GBG aufzunehmende Finanzierung in der genannten Höhe die Garantie gegenüber den finanzierenden Geldinstituten oder aber auch sonstigen Investoren übernehmen. Viertens, gemäß § 45 Abs. 2 mietet die Stadt von der GBG jene Liegenschaften, die in der Anlage A, mit Ausnahme natürlich der Baurechts- und Waldliegenschaften, angeführt sind, ab dem 1. 1. 2012 auf unbestimmte Zeit zu den im Anhang C angeführten wesentlichen Bedingungen. Der jährliche Bestandszins, der wertgesichert ist, wird 99.709,93 Euro betragen. Die Bedeckung dieses Bestandszinses erfolgt im Budget 2012 in der jeweils zuständigen Magistratsabteilung

und fünftens und letztens, die Beilagen dieses Stückes bilden einen integrierenden Bestandteil dieser Beschlussfassung. Ich bitte um Annahme des Stückes.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Gemäß § 45 Abs. 3 lit. a und c des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967, idF LGBl.Nr. 42/2010 wird mit der erforderlichen erhöhten Mehrheit der Verkauf der in der Anlage A angeführten Liegenschaften in der Höhe von € 108.705,00 gemäß den in der Anlage B angeführten wesentlichen Bedingungen zum Kaufvertrag, von der Stadt Graz an die GBG genehmigt.
2. Gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967, idF LGBl.Nr. 42/2010 wird dem Eigentümervertreter der Stadt Graz in der Gebäude- und Baumanagement GmbH., StR. Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher, die Zustimmung für folgenden Umlaufbeschluss (bzw. zur Zustimmung in einer ao. Generalversammlung) erteilt:
 - Zustimmung zum gegenständlichen Immobilienkauf zum Kaufpreis in Höhe von € 5.108.705,00.
 - Zustimmung zur Fremdmittelaufnahme von € 5.108.705,00 zur Refinanzierung dieses Immobilienkaufes.
 - Zustimmung zur Übernahme der Baurechte von der Stadt Graz durch die GBG.
 - Zustimmung zum Abschluss von Mietverträgen.
3. Die Stadt Graz wird für die durch die GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH aufzunehmende Finanzierung von € 5.108.705,00 die Garantie gegenüber den finanzierenden Geldinstituten oder sonstigen Investoren übernehmen.
4. Gemäß § 45 Abs. 2 Ziff. 9 mietet die Stadt Graz von der GBG jene Liegenschaften, die in der Anlage A (mit Ausnahme der Baurechts- und

Waldliegenschaften) angeführt sind, ab 1.1.2012 auf unbestimmte Zeit zu den im Anhang C angeführten wesentlichen Bedingungen an.

Der jährliche Bestandzins ist wertgesichert und beträgt für diese Liegenschaften insgesamt € 99.709,93. Die Bedeckung der Bestandzinse erfolgt im Budget 2012 der jeweils zuständigen Magistratsabteilungen.

5. Die Beilagen bilden einen integrierenden Bestandteil dieser Beschlussfassung.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein wichtiges Stück. Für die Annahme dieses Stückes brauchen wir erhöhte Mehrheit, deswegen ist auch wichtig, wenn alle Kolleginnen und Kollegen auch in den Gemeinderat kommen, sonst bekommt man mit der erhöhten Mehrheit ein Problem, aber wir sollten über die Inhalte in erster Linie reden. Was mir bei diesem Liegenschaftspaketen auffällt, ist Folgendes: Permanent hören wir die Gerüchte des Ausverkaufs, die Dinge werden verkauft, die Stadt saniert sich über Verkäufe. Das stimmt so natürlich nicht, weil, wie der Gerhard Rüschi schon ausführlich berichtet hat, diese Schulden, die hier aufgenommen werden, natürlich mitgerechnet werden. Das heißt, in dieser konsolidierten Betrachtung des Hauses Graz, und jetzt erzählte ich euch keine Neuigkeit, aber einige erwähnen das noch immer, ist natürlich klar, dass das alles weiterhin gemeinsam betrachtet wird. So gesehen handelt es sich in erster Linie um eine verwaltungstechnische, budgettechnische Spielerei. So, ich glaube, der wesentliche Inhalt ist beendet und ich danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stv. **Rücker**: Eine Wortmeldung habe ich noch, der Herr Gemeinderat Frölich will noch eine wichtige Ergänzung machen, die er vergessen hat.

GR. Mag. **Frölich**: Abseits der Berichterstattung interessant vielleicht für alle jene, die ein bisschen in die Tiefe schauen wollen bei diesen Stücken. Es waren durchaus vom Kollegen Haßler in seiner Funktion als Aufsichtsrat der GBG ursprünglich einmal in der letzten Finanzausschusssitzung Bedenken angemeldet worden im Hinblick auf die Konsequenzen, wenn also so ein Liegenschaftspaket an die GBG übergeben wird. Tatsache ist natürlich, dass dieses kleine Stück, sage ich jetzt, mit etwas über fünf Millionen Euro als zehntes Stück in keiner Relation steht zu den neun Stücken, wo wir schon 390 Millionen sozusagen transferiert haben. Aber eine sehr interessante Plausibilitätsprüfung durch die Finanzdirektion beziehungsweise durch die GBG, ich weiß jetzt nicht, wer die Urheberrechte wirklich hat, Herr Finanzdirektor, jedenfalls ist es eine sehr gute Plausibilitätsdarstellung dieses Paketes dem Stück beigefügt worden und wir haben es auch auf der Grundlage oder auch die Aufsichtsräte der GBG haben dieses Stück hier mit gutem Gewissen beschließen können. Sehr interessantes Detail, zehnjährige Laufzeit, wo auf der Basis des derzeitigen Zinsniveaus die GBG mit diesen Liegenschaften einen Gewinn von etwa 890.000 Euro machen wird. Die GBG macht einen Gewinn von 890.000 Euro, wenn das Zinsniveau gleich bleibt. Wenn wir jetzt Worst-Case-Szenarien einsetzen, sprich wir sagen, der Zinssatz wird sich vielleicht verdoppeln, wir setzen ihn dann bei drei Prozent an, dann ergibt die Durchrechnung immer noch einen Gewinn für die GBG von 390.000 Euro aus dieser Liegenschaftstransaktion. Ergänzend kann man noch dazusagen, dass zum Beispiel ein Objekt, das Objekt Hilmteichstraße, mit Ablauf der Baurechtsdauer noch einen Gebäudemehrwert von rund 770.000 Euro ausweist. Also auch ein Detail, wo Sie eine Wertsteigerung sehen und durchaus die GBG sozusagen mit Freuden das Paket annehmen kann. Es gibt dann noch einige Punkte im Detail, die durchaus als sehr interessanten Deal, wenn ich das so auf Neudeutsch sagen darf, für die GBG darstellen lassen. Nachdem das Ganze über Cash-Pool abgewickelt wird, gibt es auch kein Problem mit Zusatzkosten aus dem Titel von Haftkosten etc. Das wollte ich noch erwähnen, weil nicht bei allen Paketen, vor allem auch nicht bei den großen, wurde so im Detail auch die Plausibilität dargestellt. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz:** Danke für die sinnvolle Aufklärung des Gemeinderates Frölich und er hat mir ja mit dem Gemeinderat Wohlfahrt ein wenig die Augen geöffnet, ich danke dafür. Vor allem mit dem Hinweis auf die Grazer Geschäftsordnung. Die österreichische Volkspartei hat mit den Grünen und mit der sozialdemokratischen Fraktion genau heute 36 Mitglieder im Gemeinderat. 38 sind notwendig, wir sind gegen dieses Liegenschaftspaket, meine Fraktion wird daher jetzt ausziehen, ich würde das auch der KPÖ empfehlen, wenn man ernsthaft dagegen ist und es wirklich verhindern will, dann reicht es nicht, nur dagegen zustimmen, die FPÖ signalisiert bereits auch den Auszug samt dem Gemeinderat Mariacher, damit befinden sich nur 36 Mitglieder dann in diesem Gemeinderat bei dieser Abstimmung und damit, würde ich sagen, haben wir dieses Paket, das wir so innig ablehnen, auch gestürzt und das im Rahmen der Demokratie im Übrigen. Denn die Demokratie sieht auch diese Geschäftsordnung vor und auch diese Möglichkeiten, dass Fraktionen eine solche Abstimmung, die sie selbst nicht verantworten können, insofern blockieren, indem sie ausziehen. Um dem Herrn Magistratsdirektor die Möglichkeit zu gebe, den Mandataren, die ausziehen, jetzt nicht eine Verantwortungslosigkeit gegenüber ihrem Mandat vorzuwerfen, kündige ich an, dass ich den Gemeinderat deswegen verlasse, weil ich gerade Schnupfen habe und ein wenig an die frische Luft gehe, damit ist, glaube ich auch, für alle kollektiv die gesundheitliche Begründung für unseren Auszug auch im Sinne des steirischen Volksrechtegesetzes und der Gemeindeordnung auch gegeben. Ich danke.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Ich wollte noch einmal darauf hinweisen, dass in der Gemeinderatsitzung an und für sich Anwesenheitspflicht besteht, aber wie gesagt, es gibt eine Mehrheit von, wir müssen es jetzt abstimmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen (40 : 8).

Berichterstatter: GR. Mag. Frölich

NT 31) A 8 – 41296/2009-14

Freiwillige Feuerwehr,
Voranschlag 2011,
Beschlussfassung

GR. Mag. **Frölich**: Meine Damen und Herren! Es liegt mit diesem Stück der Voranschlag 2011 vor, wir haben das Stück im Finanzausschuss ausgiebig diskutiert im Hinblick auf die einzelnen Positionen. Es wird auch ein weiteres Stück sich dann noch mit dem Eintritt der Freiwilligen Feuerwehr, was die Gebarung betrifft, in das Cash Pooling beschäftigen. Mit dem Voranschlag wird also festgelegt beziehungsweise wird beantragt zu genehmigen, folgende Zuschüsse an die Freiwillige Feuerwehr: 66.000 Euro als laufender Zuschüsse der Stadt Graz, die im Voranschlag 2011 enthalten sind unter der hier dargestellten Finanzposition, 90.000 Euro als Investitionszuschuss der Stadt und 24.000 Euro aus dem Katastrophenschutzmitteln, die bei der Berufsfeuerwehr angesiedelt sind. Es wird also namens des Finanzausschusses der Antrag gestellt, der Voranschlag der Freiwilligen Feuerwehr für das Haushaltsjahr 2011 samt der im Motivenbericht dargestellten Zuschüsse wird genehmigt. Danke.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 89 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 13071967 idF LGBl. 42/2010 beschließen: Der Voranschlag der Freiwilligen Feuerwehr für das Haushaltsjahr 2011 samt der im Motivenbericht dargestellten Zuschüsse wird genehmigt.

GR. Mag. **Haßler**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben ja heute im Finanzausschuss sehr intensiv, und nicht nur in diesem Finanzausschuss, auch in

vielen Kontrollausschüssen und vorhergehenden Finanzausschüssen diskutiert und haben heute erstmalig ein einstimmiges Ergebnis auch erzielt und zwar deshalb, weil die Bereitschaft da war der Freiwilligen Feuerwehr, endlich auch einmal Klarheit und Einsicht zu gewähren und damit die Vergangenheit ein für aufzuarbeiten. Und um das noch einmal zu untermauern, bringe ich jetzt in den Gemeinderat einen Zusatzantrag ein, der lautet folgendermaßen: Gleichzeitig mit dem vorgelegten Stück wird der Herr Bürgermeister in Anlehnung an entsprechende Forderungen des Kontrollausschusses ersucht, in Übereinkunft mit den zuständigen Gremien der Freiwilligen Feuerwehr dahingehend eine freiwillige Änderung von deren Satzung in die Wege zu leiten, sodass der Stadtrechnungshof uneingeschränkt das Recht auf Prüf- und Kontrolltätigkeit betreffend die Freiwillige Feuerwehr Graz hat (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir unterstützen diesen Zusatzantrag, wir haben in diesem Jahr schon einen Antrag diesbezüglich eingebracht und das wurde auch im Kontrollausschuss schon festgestellt und erarbeitet, dass das notwendig ist. Allerdings ist es so, dass eben die Wehrversammlung, glaube ich, heißt das bei der Feuerwehr, das beschließen muss. Also wir können denen nichts verordnen, aber man sollte dahingehend Einfluss nehmen, dass die Wehrversammlungen diese Satzung ändert und dann kann es auch der Gemeinderat so beschließen. Also ich finde das unbedingt notwendig, daher unterstützen wir diesen Zusatzantrag (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Jetzt muss ich nachfragen, steht jetzt im Zusatzantrag drinnen, dass es ein Auftrag an die Wehrversammlung geben wird oder wird er umformuliert?

GR. Mag. **Haßler** (*begibt sich nicht zum Rednerpult*): Es wird ersucht, im zuständigen Gremium...

GR. **Hohensinner**: Wir werden diesem Zusatzantrag natürlich auch zustimmen. Es steht in dem Zusatzantrag drinnen, dass es auf freiwilliger Basis eine Prüfmöglichkeit für den Stadtrechnungshof geben soll, was anderes ist gar nicht möglich, weil das Landesfeuerwehrgesetz das nicht vorsehen würde. Aber wir haben heute im zuständigen Ausschuss bereits gehört, dass die Führung der Freiwilligen Feuerwehr hier bereit ist, unter Vorbehalt natürlich, sie müssen ihre Gremien befragen, aber sie haben gesagt, dass es aus ihrer Sicht ok geht und wir finden das gut, es wird noch einmal unterstrichen durch diesen Zusatzantrag und die ÖVP wird dem zustimmen und ich hoffe, dass jetzt endlich dann die Freiwillige Feuerwehr sinngemäß auch ihre Arbeit tun kann. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Euphorie, die wir heute im Finanzausschuss erlebt haben, dass Kandidaten, die bei der nächsten Wehrversammlung um die Führung der Freiwilligen Feuerwehr kandidieren werden, sich zur Wahl stellen werden, hören wir wohl, wir wissen aber alle als leidgeplagte, sage ich einmal, Gemeinderäte in den letzten 12 Monaten, dass wir viele Versprechungen gehört haben. Viele Versprechungen, dass es alles in Ordnung ist, frisch gewählte Kommandanten, die sich das angeschaut hatten, dass im Wesentlichen eine wirtschaftliche Balance da ist, wir haben Versprechungen gehört, dass die Bücher offengelegt werden, dass die Unterlagen schon unterwegs sind zum Stadtrechnungshof, zum Bürgermeisteramt irgendwo am Postweg verschollen sind, alles das haben wir gehört, bis eigentlich erst vor wenigen Wochen ein Teil der

Unterlagen, soweit ich weiß, beim Stadtrechnungshof zur Prüfung angelangt worden ist. Und heute haben wir erfahren, dass auch da wiederum ein wesentlicher Teil, nämlich jener, aus der sogenannten Wehrkasse, dass zumindest eine zweite Kasse, man weiß ja nicht, ob eine dritte, vierte Kasse auch noch wo herumschwirrt, dass diese Unterlagen dieser zweiten Kasse entsprechend in keiner Weise dem Stadtrechnungshof überliefert worden sind oder übermittelt worden sind und jeder, der diese Situation dort kennt, der weiß, dass dort Beträge zumindest in sechsstelliger Eurohöhe gebunkert, gelagert, verbucht sein müssen und hier diese Unterlagen, diesen Stand dem Grazer Gemeinderat, wo um eine Förderung angesucht worden ist, eine Unterstützung einer Freiwilligen Feuerwehr vorzuenthalten ist, schon ein arges Sittenbild in Graz, wie man hier mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit dem Gemeinwesen der Stadt Graz umgegangen wird. Ich halte daher den Antrag, der vom Kollegen Haßler gekommen ist, als absolut richtig und es soll den Vertretern, den gewählten Vertretern der Freiwilligen Feuerwehr oder jenen, die bei der kommenden Wehrversammlung neu gewählt oder wiedergewählt werden, wirklich ins Herz treffen und sie wirklich dazu führen, wirklich diesen Begehren des Grazer Gemeinderates Folge zu leisten, weil ansonsten wirklich die restbestehende Reputation der Freiwilligen Feuerwehr hier wirklich noch gefährdet wird und dann kann man wirklich noch sagen, machen wir den Deckel zu und tun wir das der Berufsfeuerwehr diese Agenden weiterhin übertragen und die Grazerinnen und Grazer schützen. In diesem Sinne hoffe ich, dass dieser Antrag eine breite Mehrheit hat und auch die Freiwillige Feuerwehr auch dementsprechend handelt und die Unterlagen freigibt, nämlich alle Unterlagen, die seit der Gründung wirklich hier in den Büchern stehen, also eine Gesamtoffenlegung aller Kassen. Danke.

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr, die eh am Balkon stehen. Zuerst möchte ich einmal den

Kollegen Mariacher schon ein bisschen korrigieren. Lieber Kollege Mariacher, es gibt keine dritte und keine vierte Kasse, sondern es gibt zwei, behaupten kannst du alles, aber das gibt es nicht. Es gibt zwei Sachen, das eine sind die offiziellen, die von der Stadt kommen, Subventionen, da ist überhaupt keine Frage, dass die Stadt reinschauen kann und das zweite, was da auch immer so mysteriös durch die Gegend geistert, das ist die sogenannte Wehrkasse, das ist das, was sich sozusagen die Freiwillige Feuerwehr so wie überall, jede auch „kleine Landfeuerwehr“ unter Anführungszeichen, sich aus Eigenem erwirtschaftet und das ist das, wo halt, am Land werden halt Feste gemacht dafür und eine Fahnenweihe oder was gemacht, und dieses Geld wird halt hie und da verwendet, dass halt die Feuerwehrleute eingeladen werden auf ein Gulasch und ein Bier. Am Land ist es dann so, dass natürlich da sehr große Feste gemacht werden, wo teilweise auch aus dieser Kasse, zum Beispiel zu Feuerwehrautos, etwas dazugezahlt wird. Aber, wie gesagt, du bist leider zwar Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr, bist aber nie gekommen, so müsstest du wissen, dass ich vor einem Dreivierteljahr in der Wehrversammlung den Antrag gestellt habe, auch dass diese Kasse vom Stadtrechnungshof geprüft wurde, bin leider mit zwei Stimmen untergegangen, die eine Stimme war von meinem Sohn und die andere war von mir, alle anderen haben dagegen gestimmt, aber in meiner langen politischen Karriere ist mir das schon öfter passiert, dass ich mit ein oder zwei Stimmen untergegangen bin, aber so ist es halt leider. Die Wehrversammlung hat das damals noch nicht, es waren eben andere Situationen. Aber nun zur Freiwilligen Feuerwehr, und ich glaube, es ist sehr symbolisch, dass gerade der Herr Bürgermeister jetzt den Saal betreten hat nach einer längeren oder kürzeren Abwesenheit. Herr Bürgermeister, ich darf dich noch einmal auffordern, und wir haben eh schon sehr oft darüber gesprochen, es ist ja diese Besonderheit im Feuerwehrgesetz, dass nicht die Frau Stadträtin zuständig ist, sondern du bist zuständig, das steht eindeutig drinnen, das ist auch, und ehrlich gesagt, mich wundert es auch, dass du zuwenig und das erlaube ich mir, eine leichte Kritik, dass du da zuwenig einen...

Zwischenruf GR. Schröck: Kritik von dir?

GR. Mag. **Korschelt**: Das ist klar, ich habe noch einen Respekt vom Bürgermeister im Gegensatz zu dir, lieber Kollege Schröck, so ist es halt dann.

Zwischenruf GR. Schröck: Das ist kein Respekt, das ist schon Liebe.

GR. Mag. **Korschelt**: Lieber Herr Bürgermeister, ich würde dich bitten, dass du dich wirklich mehr kümmerst, dass du zum Beispiel einmal zu einer Wehrversammlung kommst, weil wenn du dort bist und den Kameraden das dann erklärst, um was es geht, hat es natürlich viel mehr Gewicht als wie meine Wenigkeit, die zwar körperlich mehr Gewicht hat wie du, aber natürlich vom Symbolischen hast du viel mehr Gewicht dann. Und ich glaube auch, liebe Kollegen im Gemeinderat, wir können uns, und da schließe ich auch mich ein, wir können uns nicht ganz von einer Schuld freisprechen, dass wir und, wir sind natürlich auch für den Kollegen der SPÖ, dem Antrag werden wir natürlich auch zustimmen, wobei ich muss ehrlich sagen, für mich ist schon bald einmal ganz ehrlich trotzdem, dass ich ein begeisterter Feuerwehrmann bin, die Deadline erreicht, auch in finanzieller Hinsicht dann, jetzt muss dann bald einmal Schluss sein, weil eine Firma, die binnen einem Jahr drei Firmenchefs gehabt hat, das ist natürlich nicht gerade das Optimum für eine Firma, aber wir hoffen, jetzt ist es endlich soweit dann, und da sollte dann eben der Bürgermeister ist eben aufgerufen, mehr Führungsqualität auch in der Feuerwehr zu zeigen, weil im Landesfeuerwehrgesetz ist der Bürgermeister der

Letztverantwortliche für die Feuerwehr. Wir, und da möchte ich noch einmal zurückkommen, wir als Gemeinderäte und Gemeinderätinnen müssen uns auch ein bisschen an der Nase nehmen, weil wir haben zwar alle einstimmig das Baby, in dem Fall ist es ein rotes Baby, kein blaues Baby, Freiwillige Feuerwehr auf die Welt gebracht, haben aber vergessen, diesem Baby sozusagen ein Ziel zu geben. Das kommt mir so vor, wie wenn ich eine Firma gründe und sage, Freunde, wir haben eine Firma, aber eigentlich, was wir produzieren, wissen wir nicht und das ist leider die Situation, wo sich zurzeit die Freiwillige Feuerwehr in Graz bewegt. Manche wollen aus der Freiwilligen Feuerwehr sozusagen eine Liliput-Feuerwehr, eine Berufsfeuerwehr machen, die anderen wollen eher einen Katastrophendienst machen, die Dritten wollen eine Permanenz-Feuerwehr machen, es gibt da sehr viele Zielvorstellungen. Ich persönlich glaube, dass es nur gehen kann, dass man versucht, die Freiwilligen Feuerwehr zu machen, die eher im Sinne eines Katastrophenschutzes tätig ist, weil so das Klassische, dass heute Sirene ist und es rücken dort soundsoviel Mann ein, das wird es in Graz nicht spielen. Bei einem Katastrophenschutz, bei einer Katastrophe ist doch eine relativ weite, relativ längere Vorlaufzeit, ob das jetzt Hochwasser ist oder was auch immer ist und dafür, glaube ich, sollte die Freiwillige Feuerwehr ausgebildet sein und dafür stellt sie auch ihren Mann und ihre Frau. Das wäre von mir die Bitte, die ich schon oft oftmals in diesen heiligen Hallen auch weiterhin geäußert habe, dass man endlich einmal der Freiwilligen Feuerwehr Graz die Politik ein Ziel vorgibt und dann einmal evaluiert, um das schöne neue Wort zu nehmen, evaluiert und sagt, sie haben das Ziel erreicht, sie haben das Ziel nicht erreicht. Wenn sie das Ziel erreicht haben, selbstverständlich eine weitere Finanzierung, wenn sie das Ziel nicht erreicht haben, dann ist auch einmal hier ein Ende abzusehen. Noch einmal die Bitte an den Herrn Bürgermeister, lieber Herr Bürgermeister, sei so nett und nimm mehr deine politische Verantwortung als oberster Feuerwehrmann in Kauf und bitte zeige dich öfter bei einer Feuerwehr, dann wird es auch besser laufen. In diesem Sinne werden wir sowohl dem Antrag als auch dem Zusatzantrag zustimmen (*Applaus FPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.20 Uhr den Vorsitz.

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat! Nachdem der Bürgermeister aber nicht Grisu der Feuerwehrdrache ist, wird er auch dort weder Ordnung schaffen, sondern vielmehr das Chaos prolongieren. Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Aber vor allem die beiden Vertreter der Freiwilligen Feuerwehr, sie leisten ehrenamtliche, idealistische Arbeit, sind anständige Menschen, die sich in den Dienst der Gesellschaft stellen, Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr geworden sind, weil sie auch geglaubt haben, dass sie sich hier verantwortungsvoll betätigen können. Doch sind wir uns jetzt einmal alle ehrlich, auch unter Anwesenheit zweier Mitglieder der Berufsfeuerwehr in Graz. Was ist denn die Freiwillige Feuerwehr vor zwei Jahren gewesen? Eine politische Forderung unausgegoren der Gemeinderäte Korschelt und Hohensinner, die diese Idee einer Freiwilligen Feuerwehr in einer Stadt, wo wir eine Berufsfeuerwehr haben, als Spielwiese für ihre eigenen Ideen halt entwickelt haben und dass sie halt einmal mehr sich in einem dringlichen Antrag verwirklichen können, der eine Mehrheit bekommt, nicht mehr und nicht weniger. Die Probleme, die wir heute über die Freiwillige Feuerwehr diskutieren, sind deswegen entstanden, weil man sich vor zwei Jahren nicht den Kopf darüber zerbrochen hat, wie man diese Freiwillige Feuerwehr überhaupt gestalten will. Und die Realität sieht heute so aus, dass wir einige sehr hochanständige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr haben, die den Feuerwehridealismus leben, aber dort de facto 120 Karteileichen haben, 120 Mitglieder zirka, wovon 20 aktiv sind und der Rest sich ohnedies schon verabschiedet hat und die Freiwillige Feuerwehr als Institution in den Medien nur mehr als Intrigantenstadl bekannt ist, sind wir uns doch ehrlich, oder? Nestler da, Nestler weg, Nestler verhindert Prüfung, Hohensinner jubelt ab, Korschelt unterstützt, Korschelt weg, das ist nicht die Leistung einer Freiwilligen Feuerwehr, sehr geehrte Damen und Herren, das zieht die Leistung der Freiwilligen Feuerwehren in ganz Österreich in den

Schmutz, wenn die politische Vorgabe so unausgegoren war, dass es nur schlussendlich zum Chaos kommen kann und daher sage ich, wenn man sich ehrlich ist, stimmt man nicht nur dem Antrag der Sozialdemokratie zu, das werden wir auch heute tun, zu einer Überprüfung und zu einer Einsichtnahme auch des Gemeinderates und dann sagt man, das war es, lassen wir es. Man muss auch erkennen, wenn man etwas falsch gemacht hat, dass man es lassen sollte und zurück an den Start gehen sollte. Vernünftig diskutieren, ob es notwendig ist in einer Landeshauptstadt wie Graz mit hochqualifizierten Berufsfeuerwehrangehörigen, die in unserer Stadt tatsächlich für Schutz, Sicherheit und Ordnung sorgen, ob es sinnvoll ist, eine Freiwillige Feuerwehr auch im Jahr der Ehrenamtlichkeit einzurichten und wenn ja, wie man sie tatsächlich ausgestaltet, wie man ihnen Gesetzlichkeit und Ordnung gibt, wie man ihnen ein vernünftiges Statut gibt und wie weit überhaupt die Beteiligung der Stadt sein soll und ob und wie und wie oft eine Kontrolle erfolgen soll. Das sind die Grundprämissen, das hat man sich damals in dem stillen Kämmerlein, der Herr Korschelt und der Herr Hohensinner, klass, jetzt können wir ein Foto machen mit einem Feuerwehrhelm auf, wir haben die Freiwillige Feuerwehr gemacht, das habt ihr euch in zwei Stunden gedacht, Foto auch gleich dazu gemacht, da eingebracht und zufälligerweise habt ihr für die Dummheit auch noch eine Mehrheit gekriegt, habt euch aber nicht die Gedanken gemacht, wie man diese Institution wirklich zum Leben erweckt. Jetzt haben wir dort 20 Idealisten, die tatsächlich kämpfen wollen für diesen Feuerwehrgedanken und haben aber eine gescheiterte Politik, die von Anbeginn an nicht in der Lage war, dieser Freiwilligen Feuerwehr überhaupt Geist, Seele und Ordnungsmäßigkeit zu geben und jetzt diskutieren wir einmal mehr über die Trümmer dieser Situation. Ihr solltet euch beide gewaltig in eurer Selbstüberschätzung einmal an der Nase nehmen, was solche Beschlüsse hier, die nicht durchdacht sind, überhaupt auslösen, beide. In eurer maßlosen Selbstüberschätzung halt einen Antrag hinzuknallen, nicht darüber zu diskutieren, was er für Auswirkungen hat und jetzt einmal mehr über die Trümmer dieser Idee zu diskutieren, statt dass man vom Anfang an wirklich dafür gesorgt hätte, wirklich gesorgt hätte, dass das eben nicht zu einer politischen Totgeburt kommt. Mir tut das

sehr leid, weil wir haben in Österreich hunderttausende Feuerwehrmänner, Feuerwehrfrauen, wir haben auch in Graz die Berufsfeuerwehr, die Freiwilligen Feuerwehrleute, die ehrenamtlich ihren Dienst tun, die hauptamtlich ihren Dienst tun, das sehr professionell und das wird dann durch einen Organisationszirkus, den Sie hier veranstaltet haben, leider Gottes zerstört, das tut mir persönlich sehr leid.

Bgm. Mag. **Nagl**: Zur Berichtigung, Mag. Korschelt war nie weg, er war bei der Feuerwehr immer da.

Zwischenruf GR. Schröck: Das ist gegenseitige Liebe.

GR. **Hohensinner**: Lieber Gerald, ich finde das eine riesengroße Sauerei und ich hoffe, dass du einfach deiner Aufgabe als Nationalrat auch nachkommst und vielleicht zur Sitzung nach Wien fährst, vielleicht wird dort dein Beitrag mehr wertgeschätzt als hier. Weil da gibt es einfach Leute, die sich ehrenamtlich einsetzen und ich glaube, dass sowohl der Georg und auch du noch nie bei der Freiwilligen Feuerwehr wart. Ihr wart sicher noch nie dort und das ist wirklich ein Witz, du kommst da heraus, du siehst ein Stück, fragst, wie wir da tun, wir wollen jetzt wirklich, dass die Karten noch einmal auf den Tisch gelegt werden, es wurde bereits schon alles geprüft, die Freiwillige Feuerwehr, ihr wart nicht im Ausschuss heute dabei, es steht euch frei, auch wenn ihr keine stimmberechtigten Mitglieder seid, in den Finanzausschuss zu kommen, wenn euch so eine Frage wichtig ist und dort auch mit den zuständigen Personen der Freiwilligen Feuerwehr mitzudiskutieren.

Zwischenruf GR. Schröck: Seit eineinhalb Jahren haben wir einen Eiertanz gehabt im Kontrollausschuss.

GR. **Hohensinner:** Der Kollege Mariacher war wenigstens heute im Ausschuss, das muss man ihm zugutehalten und er hat heute mitdiskutiert. Ihr tanzt auf jeder Showbühne, nehmt so ein wichtiges Thema her, redet dann noch mit den Freiwilligen Feuerwehrleuten da oben, sagt, wie wichtig sie sind und andererseits sagt, das Projekt funktioniert nicht. Also wie jetzt? Wenn ihr jemals bei der Freiwilligen Feuerwehr aufgetaucht wäret, dann würdet ihr wissen, dass dort unzählige Freiwilligenstunden geleistet werden und es ist so, dass die gute Sache der Freiwilligen Feuerwehr bis jetzt ein wenig geschmälert wurde, weil einfach Persönlichkeiten aufeinander gestoßen sind. Es waren einfach auch teilweise persönliche Interessen unterwegs und hier ist sicher die Leistung etwas geschmälert worden. Aber es darf die Sinnhaftigkeit der Freiwilligen Feuerwehr nicht in Frage gestellt werden. Das tut, glaube ich, auch die SPÖ nicht, wir haben nur gesagt, dass wir jetzt noch einmal alles auf den Tisch legen und jetzt soll die Freiwillige Feuerwehr endlich gescheit weiterarbeiten dürfen und überlegt euch bitte das nächste Mal, und lieber Gerald, bevor du da den Kasperl runterziehst, auf welchem Rücken das ausgetragen wird,...

Zwischenruf GR. Grosz: Auf deinem.

GR. **Hohensinner**: ...das zipft mich wirklich an, denke drüber nach, was du sagst, lieber Gerald und jetzt lassen wir, gerade im Jahr der Freiwilligen, die Freiwilligen arbeiten. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es gibt einen Zusatzantrag, eingebracht von Herrn Gemeinderat Haßler, ich lese ihn noch einmal vor: Gleichzeitig wird der Bürgermeister in Anlehnung an eine entsprechende Forderung des Kontrollausschusses ersucht, in Übereinkunft mit den zuständigen Gremien der Freiwilligen Feuerwehr dahingehend eine freiwillige Änderung von den Satzungen prüfen zu lassen, dass der Stadtrechnungshof uneingeschränkt das Recht auf die Prüf- und Kontrolltätigkeit betreffend der Freiwilligen Feuerwehr Graz hat.

Der Zusatzantrag von GR. Mag. Haßler wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Rajakovics

NT 33) StRH – 22685/2011

Jahresabschluss für das Jahr 2010 der
Graz 2003 – Kulturhauptstadt Europas
Organisations GmbH

GR. **Rajakovics**: Manchmal sind die guten Ideen vom Gerald, dass er auszieht, so naheliegend, dass er ein bisschen draußen bleiben würde, würden wir uns manchmal ein bisschen weniger ärgern müssen, aber macht nichts. Das Stück ist ein ganz anderes, es geht um die Kulturhauptstadt GmbH, die ist geprüft worden,

gesellschaftsrechtlich, Pachtverträge, Anlagevermögen etc. Alles ist in Ordnung, die einzige Anmerkung, die im Rechnungshof auch so festgehalten wurde, ist, dass man auch dort schaut, dass es ein Vier-Augen-Prinzip bezüglich der Geschäftsführung gibt, nicht, indem man einen zweiten Geschäftsführer installiert, sondern eventuell einen kontrollierenden Geschäftsführer von einer anderen Beteiligung der Stadt Graz darum bittet oder ihn dafür einteilt. Ich bitte um Annahme des Stückes.

Der Berichterstatter stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.